Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatl. 3300 M. frei Haus, zzgl. b. Vorzeig. d. Quittung: Abweichung nur statthaft bei Aufsage d. Bezugs im Vormonat. Bei Abholg. monatlich 3250, wöchentlich 850 M. — Postbezug monatlich. — Einzelnummer bei 4 Seiten 120 M., 6 Seiten 150 M. u. 8 Seiten 200 M.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

mit dem Amtsblatt der Stadt Merseburg und der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 80 M., im Reklameteil 300 M., für Ziffernanzeigen und Nachweisungen 200 M. Aufschlag, Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vorm. Belegnummer wird berechnet. Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Nr. 85. Donnerstag den 12. April 1923 49. Jahrg.

Amerika und die Ruhrinvasion.

Von einem Deutsch-Amerikaner.

Die demokratische Wochenschrift „Die Hilfe" bereitet eine besondere Rhein-Ruhr-Nummer vor, die auch den folgenden Beitrag bringen wird. Die Red.

Die große Bedeutung, die die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten für ihre Politik ausmacht, nötigt zu einem Blick auf das Bild der Presse in Hinsicht auf den Ruhreinbruch. Hier läßt sich folgendes sagen: Daß Frankreich den Versuch macht, im Wege der „Zwangsvollstreckung" für den Eingang seiner unbestreitbar bestehenden und nicht befriedigten Forderungen zu sorgen, findet man allgemein verständlich. Ob es sich dabei an den Buchstaben des Rechtes gehalten hat, interessiert weniger; man neigt aber immerhin mehr dazu, den Vertrag von Versailles im französischen Sinne auszulegen. Die von Frankreich angewendete Methode wird — abgesehen von den krassen Einzelheiten der Durchführung — nicht grundsätzlich verworfen; man bezweifelt zwar ihre Zweckmäßigkeit, will aber nicht endgültig dazu Stellung nehmen, ehe nicht der Erfolg oder Mißerfolg bewiesen hat, daß das Experiment richtig oder falsch war. Eine Ausnahme hiervon bildet — abgesehen natürlich von den in deutscher Sprache erscheinenden Zeitungen — die Hearst-Presse, die in der heftigsten Weise gegen die französische Aktion Stellung nimmt und sie als imperialistisch und annektionistisch brandmarkt, freilich nicht, um ein Eingreifen der Vereinigten Staaten zugunsten Deutschlands zu fordern, sondern um ihre ewige Warnung vor jeder amerikanischen Beteiligung an den rettungslos verfahrenen europäischen Angelegenheiten zu begründen. Eine zweite Ausnahme bilden einzelne Blätter, wie die „New-York Tribune" und verschiedene westliche Zeitungen, in deren Spalten der alte Kriegshaß gegen alles Deutsche noch unverändert fortlebt.

Für den passiven Widerstand Deutschlands gegen den französischen Zwang hat man eine gewisse sportliche Sympathie, ohne ihn doch offen gut zu heißen. Überraschend gering ist der Eindruck der Nachrichten über die Gewalt- und Greueltaten der Franzosen und Belgier, die Mißhandlungen, Plünderungen, kriegsgerichtlichen Verurteilungen und Ausweisungen. Man will sich nicht gern durch solche Einzelheiten in der ruhigen Beurteilung der Gesamtlage stören lassen, verweist sie deshalb gern in das Reich der „Propaganda" und spart auch nicht mit Hinweisen auf ähnliche Vorkommnisse aus der Zeit der Okkupation Belgiens. Deutlich kommt der Gedanke zum Ausdruck, daß Frankreichs Aktion durchaus verwerflich und nicht zu dulden wäre, wenn sie anderen Zwecken als der Beitreibung der Reparationsschuld, nämlich dem politischen Ziele der Zerstückelung Deutschlands diene. Den Beweis hierfür hält man jedoch nicht für erbracht.

So viel von der Presse. Was die „wahre" öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten betrifft, so kann sie naturgemäß nur bei Gelegenheit von Wahlen positiv in die Erscheinung treten. Vorher kann man sie nur ahnen und instinktiv empfinden. Die Ansicht von Kennern geht dahin, daß diese verborgene Volksmeinung dem französischen Abenteuer wesentlich ablehnender und einem Eingreifen des Bundes in die europäischen Wirren weit sympathischer gegenübersteht. Der Amerikaner ist seiner Natur und Erziehung nach für „fair play"; er ist vom Sport her gewöhnt, daß nach dem Kampf die Gegner sich die Hand schütteln und einander nichts nachtragen; er hält es für unanständig, einem besiegt am Boden liegenden Feind nachträglich Fußtritte zu verabfolgen; dem Imperialismus und Militarismus als Prinzip ist er abhold. Frankreich tut also im gegenwärtigen Zeitpunkt alles, um sich die frühere Sympathie des Amerikaners mehr und mehr zu verscherzen. Das ist keineswegs gleichbedeutend mit dem Erwachen einer deutschfreundlichen Stimmung in Amerika; davon ist dieses Land, in dem vor ganz kurzem erst die letzten Särge seiner Seite an Seite mit Franzosen gefallenen Söhne eingetroffen sind, noch weit entfernt. Aber man glaubt doch zu empfinden, daß das Gefühl, in Europa werde ein schlechtes Spiel gespielt, in Verbindung mit dem stark ausgeprägten Bewußtsein der ungeheuren Macht des Landes und dem aus diesem Machtbewußtsein fließenden Verantwortlichkeitsgefühl im Amerikaner den Wunsch immer stärker wachsen läßt, seine Regierung möge eingreifen, um die ganze Sache endlich einmal in Ordnung zu bringen. Alles das gilt natürlich nur für den amerikanischen Bürger, den nicht unmittelbare geschäftliche Interessen nach der einen oder anderen Seite ziehen.

Ist eine solche „geheime öffentliche Meinung" wirklich vorhanden, so wird der Politiker, der sie erkennt, schon vor den Wahlen mit ihr rechnen und arbeiten. Es hat fast den Anschein, als ob der Senator Borah, eines der fähigsten und tatkräftigsten Mitglieder der republikanischen Partei, auf diesem Instrument zu spielen beabsichtige. Eine außerordentlich wirksame Stütze würde er dabei in den Stimmen der amerikanischen Bürger deutscher Abstammung finden, die seit dem Kriege auf dem Wege sind, sich sehr glücklich zu organisieren und einzustellen, indem sie den ihnen als Amerikaner im innerpolitischen Leben des Volkes gebührenden Platz und Einfluß zu gewinnen trachten.

Es mag sein, daß sich aus diesen Momenten — angesichts der französischen Propaganda, die so stark am Werke ist wie nur je — eine Hoffnung für Deutschland aufbaut. Selbstverständlich keine solche auf ein aktives Eintreten Amerikas auf deutscher Seite, sondern lediglich die Hoffnung auf eine wahrhaft unparteiische und faire Vermittlung im Reparationskonflikt und nach dessen Lösung auf die Mithilfe Amerikas bei der finanziellen Regelung der deutschen Schuld. An Deutschland ist es, diese Entwicklung nicht durch falsche Taktik zu stören; sie kann von Deutschland aus nicht „propagiert" werden, denn sie ist eine rein innerpolitische Angelegenheit der Vereinigten Staaten selbst.

Ungebrochener Kampfeswille!

Die Arbeiter- und Beamtengewerkschaften bleiben fest!

Dortmund, 12. April. (Priv.-Telegr.) Am Dienstag tagte hier eine Konferenz der Gewerkschaften des besetzten Gebietes. Es wurde eine Entschließung über die Ruhrbesetzung angenommen, in der es unter anderem heißt:

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Einbruch in das Ruhrgebiet mit allen Mitteln des passiven Widerstandes abgewehrt werden müsse. Der Kampf um eine Verständigung müsse mindestens die Gewähr eines dauernden Friedens bieten. Die Konferenz lehne aber alle nationalistischen Ziele und Bestrebungen ab. Sie hofft von der besonnenen Haltung der Arbeiterschaft, daß gewaltsame Zusammenstöße vermieden werden, erwarte aber andererseits von der Reichsregierung, daß sie jede sich bietende Gelegenheit benutzt, um den Abwehrkampf zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Dabei müßte die Räumung des Ruhrgebietes als nächstes Ziel erreicht werden.

Der Reichsfinanzminister

hat an die Finanzbeamten einen Erlaß gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„In diesen Tagen ist ein Vierteljahr vergangen, seitdem die Franzosen und Belgier es mit dem Völkerrechte, mit den Geboten der Moral und mit der wirtschaftlichen Einheit für vereinbar gehalten haben, mitten im Frieden in deutsche Gebiete einzudringen. Durch das Verhalten der Eindringlinge ist auch vor stärkster Beeinträchtigung der deutschen Verwaltung nicht Halt gemacht worden. Auch die Reichsfinanzverwaltung hat schwer zu leiden und ihre Beamten und Angestellten sind schweren Leiden ausgesetzt worden. Das Vorgehen der Feinde hat zum Teil einen Grad von Brutalität und Mißachtung aller Menschheitsrechte und Menschenwürde erreicht, der kaum zu überbieten ist. Die Friedensbrecher glauben mit diesem sinnlosen Vorgehen die Widerstandskraft Deutschlands, seiner Behörden und Beamten, seiner gesamten Bevölkerung erschüttern zu können. Mit Stolz kann ich darauf hinweisen, daß gerade auch das Verhalten der Beamten und Angestellten meiner Verwaltung vor der ganzen Welt den bündigen Beweis erbringt, daß unser Widerstand nicht zu brechen ist. Jede Steigerung der Übergriffe, jede Zunahme der Leiden wird die feste Entschlossenheit in den Kampfe nur zu verstärken vermögen. Mögen Franzosen und Belgier Recht und Moral mit Füßen treten: im vollen Gleichklang mit den Gefühlen aller Kreise der deutschen Bevölkerung werden die Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung den Glauben an eine bessere Zukunft unseres Vaterlandes festhalten und in festem Glauben weiterarbeiten und leben bis zum guten Ende."

Ein Protest des Deutschen Richterbundes gegen die französische Schandjustiz.

Der Deutsche Richterbund erläßt folgende Kundgebung: Die französischen Behörden, die sich Gerichte nennen, fällen fortgesetzt über friedliche Deutsche in Deutschland Gewaltsprüche, deren barbarische Strafen oft mehr an asiatischen denn europäischen Maßstab gemahnen. Die Verfehlungen der Verurteilten bestehen einzig in der Nichterfüllung von Zumutungen, die von ihnen als deutschen Staatsbürgern nur unter krassen Völkerrechtsverletzungen verlangt werden konnten. Richter müssen stets Richter bleiben und nur nach Recht und Gerechtigkeit urteilen. Wir rufen die rechtlich Denkenden aller Völker, besonders die Richter aller Staaten auf: Gebt mit uns der Empörung über die Schändung, die mit dem Namen Recht, Richter und Gerechtigkeit getrieben wird, lauten Ausdruck.

Deutschland sieht nur der Weg direkter Verhandlungen offen.

Was Poincaré in Dünkirchen sagen will.

Paris, 12. April. (Priv.-Telegr.) An der Denkmalseinweihung in Dünkirchen am nächsten Sonntag, bei der Poincaré, wie gemeldet, sprechen dürfte, sollen außer dem Ministerpräsidenten auch der Marineminister und sehr wahrscheinlich auch Loucheur teilnehmen. „Wenn ich auf unterrichtet bin", erklärt der Korrespondent des Echo de Paris", ist der Ministerpräsident entschlossen, die offizielle Meinung Frankreichs feierlichst über seine Absichten aufzuklären. Diese Erklärungen werden dadurch an Wert gewinnen, daß Poincaré am Vortage mit den belgischen Ministern konferiert haben wird. Ich bin in der Lage zu versichern, daß Poincaré in diesen Besprechungen sich mit Theunis und Jaspar vollkommen einigen wird über alles, was die gemeinsame Aktion Frankreichs und Belgiens im Ruhrgebiet anbelangt. Diejenigen, die auf eine Sinnesänderung Poincarés hoffen, werden schwer enttäuscht sein, Poincaré wird in Dünkirchen etwa folgendes erklären:

„Wir wollen keine Herabsetzung der deutschen Schuld und werden an der Ruhr so lange bleiben, bis die Reparationen von Deutschland vollkommen gezahlt sind. Wir können nur die eine Konzession machen: die C-Bonds mit unseren Schulden an Amerika und England zu komplettieren. Deutschland sieht nur der Weg direkter Verhandlungen mit Frankreich offen."

Das Blatt hält damit eine Behauptung aufrecht, von der es vor einigen Tagen gemeldet hat, daß Poincaré sie nach dem Besuche Loucheurs in einem Telegramm an die belgische Regierung aufgestellt habe. Poincaré habe die Belgier ebenfalls damit beruhigt, daß er an seiner Erklärung, an der Ruhr zu bleiben, bis alle Reparationen bezahlt seien, festhalte. So unwahrscheinlich dies angesichts der übrigen Pressekommentare und vor allem der Äußerungen des „Matin" zum Falle Loucheur erscheine, muß doch bemerkt werden, daß dagegen bis jetzt noch kein Dementi erlassen worden ist.

Auch Mussolini wird sprechen.

Paris, 12. April. (Priv.-Telegr.) Dem „Echo de Paris" zufolge wird Mussolini morgen in Mailand den italienischen Standpunkt zur Reparationsfrage darlegen.

Wie die Belgier deutsches Holz verschleudern.

Im Februar und März fanden in Aachen Holzversteigerungen durch die Belgier statt, die ein geradezu ungeheuerliches Resultat zum Schaden der Deutschen ergeben haben. Das Auktionslokal wurde durch belgische Soldaten mit aufgepflanzten Seitengewehren abgesperrt und nur Holzhändler zugelassen. Es wurde nach belgischer Manier eine Höchstlaxe festgesetzt und dann erwarb geboten. Es wurden im ganzen 654 800 Franken erzielt, obgleich der wirkliche Preis sicher das Fünffache übersteigen würde. Erschienen waren zum größten Teil belgische Holzhändler und nur einen kleinen Teil des Holzes, für 64 000 Franken, erwarb ein Holzhändler mit deutschem Namen. Während sich der Preis auf 40 000—50 000 M berechnet, betrug zum Teil der tatsächliche Preis 200 000—220 000 M.

Auch bei der Auktion im März betrug das Ergebnis nur 338 000 Franken. In mehreren Försterei en sind belgische Forstbeamte tätig und bestimmen die Holzmengen, die verkauft werden sollen. Die Wälder werden geschlagen und aufgearbeitet von Belgiern und bedauerlicherweise auch von einigen (angeblich 2) dortigen Beyohnern. Es handelt sich um die besten Bestände der verschiedenen Forstereien und es werden durch die Ausrottung der Wälder die Holzhändler und Sägewerksbesitzer der dortigen Gegenden auf das allerschwerste betroffen. Auch an eine Aufforstung ist vorerst kaum zu denken, so daß die dortigen Interessenten auf Jahre hinaus in schwere Bedrängnis geraten und in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet sind.

Neue Protestnoten. — Aus der Schwindelfabrik der Großlügner.

Berlin, 12. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Die deutsche Regierung hat heute in Paris eine Note überreichen lassen, in der sie Protest erhebt gegen die Anstreibung der Eisenbahner aus dem deutschen Gebiet.

Berlin, 12. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Nachdem Staatssekretär Hamm gestern den zuständigen Stellen Bericht über seine Verhaftung durch die Franzosen erstattet hat, dürfte eine Protestnote der Reichsregierung wegen dieser Verhaftung heute in Paris überreicht werden. In der Note wird besonders betont werden, daß es durch diese Verhaftung einem Vertreter der Reichsregierung unmöglich gemacht wurde, den Opfern des blutigen Karsamstags die letzte Ehre zu erweisen. Die Protestnote wird sofort nach ihrer Überreichung der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Der „zuverlässige" — Schwindelmeier.

Berlin, 12. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Der Berliner Vertreter des „Journal" meldet seinem Blatte, er habe von hochstehender Berliner Stelle gewisse Informationen erhalten, für deren vollkommene „Zuverlässigkeit" er die Garantie übernehme, obwohl gewisse seiner Angaben vielleicht von deutscher Seite dementiert werden dürften. Diese Informationen beziehen sich auf einen neuen Reparationsplan. Er will erfahren haben, daß Finanzminister Dr. Hermes anscheinend in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretär Bergmann einen neuen Reparationsplan ausgearbeitet habe. Dieser Plan solle dem Präsidenten Ebert im Verlaufe einer Unterredung, die Ende der letzten Woche stattfand, zur Begutachtung vorgelegen haben.

Von unterrichteter Seite wird hierzu erklärt: Der Berliner Berichterstatter des „Journal" ist seit geraumer Zeit durch seine Tendenzmeldungen bekannt. In diesem Falle genügte ihm offenbar die zu seiner Kenntnis gelangte Tatsache, daß der Reichsfinanzminister Dr. Hermes vor einigen Tagen einen Besuch beim Reichspräsidenten gemacht hat — gewiß kein ungewöhnlicher Vorgang —, um daraus die Einzelheiten eines „neuen deutschen Reparationsplanes" zu konstruieren. Es ist selbstverständlich, daß die Frage der deutschen Leistungsfähigkeit und die näheren Umstände, unter denen etwa ein Übereinkommen in der Reparationsfrage erzielt werden könnte, auch zum Ressort des Finanzministers gehören und dort ebenso wie im Auswärtigen Amt laufend behandelt werden. Daraus aber einen Gegensatz innerhalb des Kabinetts zu konstruieren, Dr. Hermes gewissermaßen als leistungswilliger hinzuzielten als den Außenminister, ist ein dem Berichterstatter des „Journal" vorbehaltenes journalistisches Kunststück.

Frankreich und die Türkei.

Konstantinopel, 12. April. (Drahtmeldung des WTB.) Der französische Oberkommissar protestierte gegen den Beschluß der Nationalversammlung von Angora, den Konzessionsplan anzunehmen, da er das Abkommen mit Frankreich über die Eisenbahnen von 1914 verletze.

Spende für die Trierer Eisenbahner.

Berlin, 12. April. (P. P. B.) Der Reichsverkehrsminister hat dem Präsidenten der Reichsbahndirektion Trier in Gießen zur Linderung der Not der aus ihren Wohnungen vertriebenen Eisenbahner 30 Millionen Mark überwiesen. Diese Summe ist in erster Linie gedacht zur Unterstützung der aus den Trierer Eisenbahnkolonien vertriebenen Eisenbahnerfamilien. Am Montag sind auch die Bewohner der Eisenbahnkolonie Trier-St. Paulin von den Franzosen mit Waffengewalt von ihren Wohnstätten vertrieben worden, wodurch weitere hundert Familien obdachlos wurden.

Die Millionenforderung des Großherzogs.

Frankfurt a. M., 12. April. (Priv.-Telegr.) In dem Streit zwischen der hessischen Regierung und dem ehemaligen Großherzog von Hessen wegen der Höhe der Unterhaltungsrente teilt jetzt die hessische Regierung die Forderung des ehemaligen Großherzogs mit. An Stelle der im Dezember 1919 vereinbarten Summe von 440 000 M monatlich werden jetzt 97 Millionen Mark für den Monat verlangt. Wird der gleiche Geldentwertungsfaktor auch für die vereinbarte Kapitalabfindungssumme von 10 Millionen Mark verlangt, dann hätte das Land hierfür die Summe von 26½ Milliarden Mark zu zahlen. (!)

Estnisch-russischer Zwischenfall.

Königsberg, 12. April. (Priv.-Telegr.) Nach einer Meldung der „Estnischen Telegraphenagentur" in Petersburg versammelten sich dort in diesen Tagen gegen 200 Kommunisten vor der estländischen Gesandtschaft, zerschlugen alle Fenster des Gebäudes, drangen in den Hof ein und nahmen die estländische Staatsfahne weg. Dem russischen Außenkommissar wurde sofort ein scharfer Protest überreicht.

Die kommunistischen Gewalttätigkeiten vor dem estnischen Konsulat in Petersburg sind aus Anlaß der Aburteilung des estnischen Kommunisten Kreutz erfolgt. Die Hinrichtung des estnischen Kommunisten Kingisepp rief im Mai vorigen Jahres eine ähnliche kommunistische Demonstration hervor.

De Valera nicht gefangen!

London, 12. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Die Regierung des irischen Freistaates gibt bekannt, daß De Valera nicht gefangen genommen sei, ferner, daß er auch kein Gefangenen verwechselt worden sein, denn er außerordentlich ähnlich sehe.

Religionskämpfe in Indien.

London, 12. April. (Drahtmeldung des WTB.) Die feindselige Stimmung zwischen den Hindus und Mohammedanern hat wegen der Frage der religiösen Propaganda zu ernsten Zusammenstößen geführt, wobei es 20 Verletzte gab. Die Truppen stellten die Ordnung wieder her.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230412-10/fragment/page=0001

51 Mordtaten seit dem Ruhreinbruch.

Die Hälfte der Opfer Arbeiter.

Halbamtlich wird jetzt ein Verzeichnis der von den Besatzungstruppen im Zusammenhang mit dem Ruhreinbruch bisher begangenen Mordtaten veröffentlicht. Es werden 48 Mordfälle aufgezählt und dabei das Datum, die Namen der Ermordeten und eine kurze Sachdarstellung der einzelnen Fälle registriert. Bei Erwähnung des Essener Blutbades sind zwei Opfer, die im Krankenhaus ihren schweren Verletzungen erlagen, noch nicht mitgezählt, und ebenso ist die gestern von uns gemeldete Tötung einer Kellnerin in Waltrop noch nicht mit einbezogen. Von den somit 51 bis jetzt festgestellten Blutaten mit tödlichem Ausgang kommen 48 auf das Konto der Franzosen, drei auf das der belgischen Truppen. 25 Opfer sind Arbeiter, 13 Beamte, die übrigen sind Kaufleute, Gewerbetreibende, Rentenempfänger und zwei Frauen.

Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete

hat im Auftrag der Reichsregierung bei der interalliierten Rheinlandkommission Protest gegen das Verlangen eingelegt, daß die deutschen Behörden dem Delegierten der Rheinlandkommission von jeder beabsichtigten Verhaftung eines Staatsangehörigen der an der Besetzung der Rheinlande teilnehmenden Mächte vorher Kenntnis geben und im Falle der Ergreifung auf frischer Tat den Beschuldigten sofort dem Büro des Delegierten vorführen. Die Protestnote betont, daß die in dem Verlangen der Kommission enthaltene Unterstellung, daß jede Verhaftung eines Staatsangehörigen der an der Besetzung teilnehmenden Mächte eine Störung der öffentlichen Ordnung und damit eine Gefährdung der Sicherheit der Besatzungstruppen bedeute, eine reine Fiktion ist. In der Praxis komme das Verlangen der Kommission auf einen schweren durch die Bestimmungen des Rheinlandabkommens nicht zu rechtfertigenden Eingriff die deutsche Gerichtsbarkeit hinaus. Aus der Anordnung würde sich ergeben, daß die in Rede stehenden Ausländer im besetzten Gebiet strafrechtlich in einem somit nur in minder kultivierten Staaten unter der Herrschaft der sogenannten „Kapitulationen" üblichen Umfange unter der besonderen Protektion der interalliierten Rheinlandkommission ständen.

Der Bahnhof Osterhausen

ist von deutscher Seite wieder in Betrieb genommen worden. In Bottrop sind die dort liegenden französischen Truppen heute abgelöst worden.

Auf die Straße geworfen.

Frankfurt a.M., 12. April. (Priv.-Teleg.) Durch französische Gendarmerie wurden gestern mittag auf der Station Flörsheim 16 Eisenbahnbediensteten mit ihren Familien kurzerhand aus den Dienstwohnungen auf die Straße geworfen.

Der Landrat von Wipperfürth, Dr. Wessel, wurde gestern von den Franzosen verhaftet und heute morgen nach Düsseldorf ins Militärgefängnis gebracht. Der Grund ist unbekannt. Der über vier Wochen von den Franzosen in Haft gehaltene Polizeirat Schwartz wurde gestern durch das französische Kriegsgericht in Witten angeblich wegen Nichtausführung eines Befehls zu einem Jahr Gefängnis und zehn Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Erpreßte Propaganda.

Bochum, 12. April. Die Franzosen haben den Zeitungen im besetzten Gebiet einen längeren Bericht zu den Essener Vorgängen am Karsonnabend zugehen lassen und unter Androhung schwerer Strafen die Veröffentlichung erpreßt. Dementsprechend müssen die Zeitungen die französischen Angaben veröffentlichen, vertreten jedoch in einer Gegenüberstellung die deutschen Feststellungen.

Der Kampf gegen die Eisenbahner.

Koblenz, 12. April. Hier waren bis heute 70 Dienstwohnungen mit etwa 250 Personen geräumt. Heute noch müssen weitere dreißig geräumt werden. Oberbahnhofsvorsteher Still aus Schleiden wurde vom Kriegsgericht in Aachen zu 2 Monaten Gefängnis und 300 M Geldstrafe verurteilt.

Verhaftung von Gerichtsbeamten.

Offenburg, 12. April. Heute mittag wurden drei Gefängnisaufseher verhaftet, weil sie die Aufnahme eines von den Franzosen eingelieferten Deutschen abgelehnt hatten. Nachmittags wurde auch der Staatsanwalt Mohr verhaftet, aber wieder freigelassen, sobald sich herausstellte, daß nicht er, sondern der Gerichtsassessor Dr. Mohr der verantwortliche Leiter der Gefängnisverwaltung ist. Von den Aufsehern wurden zwei ebenfalls wieder auf freien Fuß gesetzt. Die der Staatsanwaltschaft angegliederte Kriminalabteilung ist letzte Woche durch die Staatsanwaltschaft aufgelöst und die Beamten dieser Abteilung sind zu anderweitiger Verfügung ins unbesetzte Gebiet entlassen worden, da zwei Beamte dieser Abteilung von den Franzosen verhaftet worden waren.

22 Schachtanlagen durch die Franzosen besetzt.

Essen, 12. April. Ein Fabrikant und ein Polizeiagent aus Mettmann wurden verhaftet, weil angeblich in Mettmann auf einen Franzosen ein Schuß abgegeben worden sei. Bis gestern sind von den Franzosen 22 Schachtanlagen besetzt worden.

Essen, 12. April. (Priv.-Teleg.) Auf der Zinkhütte, einem rein belgischen Unternehmen, sind 150 Arbeiter wegen Teilnahme an der Beerdigung der am Osersonnabend Gebliebenen entlassen worden. — Der päpstliche Delegat Mögre Testa hatte gestern dem in Recklinghausen in Haft befindlichen Bürgermeister Schäfer aus Essen einen Besuch ab. — Infolge des Sabotageakes an der Eisenbahn zwischen Werden und Kettwig bestimmte der General der 27. Division, daß der Verkehr von Fahrzeugen aller Art zwischen 7 Uhr abends und 7 Uhr morgens zwischen beiden Städten verboten ist.

Protest gegen die Massenausweisungen.

Trier, 12. April. Regierungspräsident Dr. Saofen übersandte dem französischen Bezirksdelegierten für den Regierungsbezirk Trier anläßlich der Massenausweisungen von Eisenbahnbeamten in Jünkerath, Euren, Trier-St. Paulin, wodurch allein in Euren und St. Paulin über 1200 obdachlos wurden, während weitere 500 Eisenbahnbeamte in Gerang, Gonz und Karthaus einem gleichen Schicksal entgegensehen, ein Protestschreiben.

Bahnsprengung in Buer.

Im Ruhrgebiet, 12. April. Gestern nacht wurde an der Bahnunterführung im Egerplatz in Buer eine Sprengung vorgenommen und ein Gleis zerstört. Die Franzosen sind mit der Ausbesserung beschäftigt. Diese Unterführung bildet einen Teil der militarisierten Strecke nach Recklinghausen. Ebenso wie die Sprengung am Rhein—Herne-Kanal ist diese weitere Gewaltat aufs allerschärfste zu verurteilen. In Betracht kommenden praktischen Nutzen hat sie keineswegs, aber sie kann den Franzosen die Handhabe geben, die Bevölkerung mit noch schärferen Mitteln zu drangsalieren.

Über die Stadt Buer

ist wegen der Sprengung eine Buße von 50 Millionen Mark verhängt worden, ferner eine erneute Straßensperre von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.

Der Ort Gladbeck war vergangene Nacht wieder ohne Licht. Da die Franzosen weiterhin darauf bestehen, die Zechen Matthias Stinnes III und IV mit Posten zu besetzen, so hat sich die Belegschaft geweigert gehen, die Arbeit und selbst die Notstandsarbeiten einzustellen. Gladbeck wird von den besetzten Zechen mit Licht versorgt.

Zur Untersuchung gegen die Krupp-Direktoren.

Nach Meldungen aus Essen ist die Untersuchung gegen die wegen der Osterfamstagsvorfälle verhafteten Direktoren von Krupp in vollem Gang. Die Arbeiter stehen auf dem Standpunkt, daß das Ziehen der Sirenen in vollem Einverständnis zwischen Direktion und Arbeiterschaft geschehen ist und daß daher die Arbeiter zumindest sich ebenso „strafbar" gemacht haben wie die verhafteten Direktoren.

Außenpolitische Übersicht.

Amerikas Vorschlag für eine internationale Konferenz.

London, 12. April. Reuter meldet aus Washington, daß die Jahresversammlung der amerikanischen Handelskammern, die nächsten Montag in Newyork stattzufinden soll, eingehend den Vorschlag erörtern würde, daß eine internationale Konferenz abgehalten werden soll, um eine Lösung der Reparations- und anderer europäischen Wirtschaftsprobleme ausfindig zu machen.

Schiedsvertrag zwischen Österreich und Ungarn.

Budapest, 12. April. (WTB.) Der österreichische Gesandte und der ungarische Minister des Äußeren haben heute ein Übereinkommen betreffend die obligatorische Schiedsprechung zwischen beiden Staaten unterzeichnet.

Niederlage der englischen Regierung im Unterhaus.

London, 12. April. (WTB.) Im Unterhause brauste Baldwyn in Vertretung des Premierministers, der am Sprechen verhindert war, eine Resolution ein, durch die der abgelehnte Regierungsantrag erneut in Erwägung gezogen werden soll. Der Sprecher erklärte dies Verfahren für korrekt. Baldwin erklärte, die Abstimmung beweise nicht, daß die Regierung das Vertrauen des Unterhauses verloren habe. Der Arbeiterführer Macdonald bestritt, daß die Abstimmung unerwartet gewesen sei, und erklärte, die Regierung habe eine Niederlage erlitten. Er dringe darauf, daß die Regierung ihre Niederlage anerkenne. Auch die anderen Arbeiterführer verlangten diese Erklärung der Regierung vor Annahme der Resolution Baldwins. Von der Regierungsseite erfolgte darauf keine weitere Erklärung. Zwischen dem Arbeitervertreter und den Regierungsanhängern kam es zu heftigen Wortgefechten. Ein Antrag Baldwins, die Sitzung zu unterbrechen, führte zu starken Protestkundgebungen. Darauf hob der Sprecher die Sitzung für eine Stunde auf.

England übt weiter freundschaftliche Neutralität.

London, 12. April. (Priv.-Teleg.) Unterhaus. Auf eine Anfrage, ob infolge der Unterredung mit Loucheur die Regierung beabsichtige, ihre augenblickliche Politik der freundschaftlichen Neutralität gegenüber Frankreich aufzugeben und eine Politik anzunehmen, die Frankreich unbedingt die Unterstützung seiner Aktion gegen Deutschland an der Ruhr gewähre, erwiderte Baldwin verneinend. Auf die weitere Anfrage, ob dies so zu verstehen sei, daß die Unterredung mit Loucheur keine Wirkung haben würde, wurde gar keine Antwort erteilt.

Deutschland.

Pfarrer Traub vor dem Staatsgerichtshof.

Der Angeklagte erklärt sein Bedauern über die Beleidigung des Reichspräsidenten.

Leipzig, 11. April. Vor dem Staatsgerichtshof erklärte der Angeklagte Pfarrer Traub, daß nach seiner jetzigen Überzeugung die dem „Reichswart" entnommenen Mitteilungen die Vorgänge beim Empfangsabend vom 2. Februar 1921 vollständig entstellt wiedergäben und daß der hieraus gezogene Schluß eine der Wirklichkeit widersprechende schwere Kränkung des Reichspräsidenten enthalte. Pfarrer Traub erklärte sein Bedauern, so daß mit der Zurücknahme des Strafantrages zu rechnen ist.

Nach einer späteren Meldung ließ der Reichspräsident erklären, daß er sich mit der im Prozeß Traub von dem Angeklagten abgegebenen Erklärung begnüge und von der Strafverfolgung absehe.

Zur sächsischen Regierungserklärung.

Die neue sozialistische Regierung von Sachsen, die in ihrem Bestande von kommunistischer Hilfe abhängig ist, hat im Landtag ihr Programm bekannt gegeben, das zwar nach Lage der Dinge nicht überraschen kann, gegen das aber doch allerlei einzuwenden werden muß. Wenn der sächsische Ministerpräsident z. B. der Reichsregierung in öffentlicher Landtagssitzung glaubte Richtlinien vorschreiben zu müssen für die Beilegung des Ruhrkonflikts, für die er unverzüglich eine aktive Politik positiver Vorschläge und große Opfer der besitzenden Klasse forderte, so ist das, vom Inhalt der Forderungen noch abgesehen, ungewöhnlich und bisher höchstens in Bayern üblich gewesen. Es darf aber nicht einreißen, denn die auswärtige Politik wird von der Reichsregierung geführt, und es könnte ein schönes Durcheinander werden, wenn alle Länderregierungen öffentlich hereinreden wollten. Auch wenn der Ministerpräsident forderte, daß vor der Lösung die Arbeiterorganisationen gehört werden müßten, so ist das eigentlich für eine parlamentarische Regierung erstaunlich. Denn es bedeutet die Forderung nach einer außerparlamentarischen Nebenregierung. Schließlich rechtfertigte der neue Mann auch die proletarischen Selbstschutzorganisationen, die in Sachsen von Regierungswegen und mit Hilfe der Kommunisten aufgestellt werden, indem er erklärte, das Reich könne diese Abwehrorganisationen gegenstandslos machen, wenn es den rechtsradikalen Selbstschutz zerschlage. In Wahrheit wird diese Aufgabe dem Reiche gerade erschwert, wenn die Extremen von rechts darauf hinweisen können, daß links ähnliche Organisationen unangefochten bestehen.

Der Reichskanzler

hat die Parteiführer für heute zu einer Besprechung geladen. Die Führer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, der Deutschnationalen Volkspartei und der Sozialdemokraten werden vom Reichskanzler gesonbert empfangen werden. Hauptgegenstand der Besprechung soll den Blättern zufolge der Inhalt der Rede des Reichsministers des Äußern Dr. v. Rosenberg bilden, die dieser bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amts gehalten wird.

Der neuernannte Reichsminister für Wiederaufbau, Albert, übernahm am Mittwoch die Geschäfte seines Amtes.

Traurige Finanzlage der Reichshauptstadt.

Aus Berlin wird uns berichtet:

In der Mittwochsitzung des Berliner Magistrats gab der Kämmerer den ersten Überblick über den Haushaltvoranschlag für 1923. Darnach soll die Gesamtausgabe nach dem heutigen Geldwert auf 547 Milliarden an, denen nur 517 Milliarden laufende Verwaltungseinnahmen gegenüberstehen; es bleibt somit nach einer vorläufigen Schätzung ein ungedeckter Betrag von nicht weniger als 30 Milliarden Mark.

Die Stadt Berlin beabsichtigt, eine Anleihe in Höhe von 10 Milliarden Mark aufzunehmen, da sie nicht mehr imstande ist, ihre Bedürfnisse aus den laufenden Einnahmen zu decken. Die Stadtverordneten werden sich bereits nächste Woche mit der Frage beschäftigen. Es soll sich um eine Inhaberanleihe handeln, für die die Genehmigung des Oberpräsidenten und des Ministers des Innern notwendig ist.

Ausländische Millionenspenden für die Ruhrhilfe.

Aus Graz gingen als Spende der Grenz- und Auslandsdeutschen weitere 90 554 439 österreichische Kronen, mithin bisher 231 131 793 österreichische Kronen, 1 691 303 Mark, 20 tschechische Kronen und 10 italienische Lire ein, aus Sofia weitere 500 Leva und 610 000 Mark als Spende von Deutschen und Bulgaren, aus Helsingfors als Sammlung von „Nia Tibningen" 67 850,50 finnische Mark und 14 513 000 Reichsmark, aus Kowno als Spende der dortigen Deutschen weitere 100 amerikanische Dollars und 600 000 M, insgesamt bisher 570 amerikanische Dollar und 7 818 530 M, aus Libau weitere 15 525 lettische Rubel und 50 000 M, alles in allem mehr als 150 Millionen Mark.

Begeistische Sympathien.

Seit einigen Tagen beschäftigt sich die französische Presse beinahe ebensoviel wie mit der Reise Loucheurs nach London mit der offiziellen inoffiziellen Anwesenheit des berüchtigten Dr. Dorten in Paris. Das eine Blatt schreibt, er sei bereits von Poincaré empfangen oder stünde unmittelbar vor der Audienz mit dem Ministerpräsidenten, das andere Blatt will wieder wissen, daß Dr. Dorten für die französische Regierung überhaupt nicht vorhanden ist. Das Interesse, das man ihm in Frankreich trotzdem entgegenbringt, geht einwandfreit aus einem Aufsatz des diplomatischen Mitarbeiters des „Journal" hervor, der den Dorten als einen guten Mann und eine lebendige Persönlichkeit schildert, dessen ganzes Gehaben im Gegensatz zu der preußischen Schwerfälligkeit stünde. Nun darf man ruhig zugestehen, daß dieser Hymnus nicht ganz unberechtigt ist, denn es ist nun einmal nicht zu leugnen, daß die preußische Schwerfälligkeit sich noch immer nicht mit der Losreißung der Rheinlande und der Errichtung der westrheinischen Republik befreunden kann, für die auch der diplomatische Mitarbeiter des „Journal" eine heiße Liebe im Herzen trägt. Man kann auch verstehen, daß ihm Dr. Dorten so ungemein sympathisch ist, denn Dorten hat ihm auseinandergesetzt, daß Rheinland müsse als vorgeschobenes Land der französischen Verteidigung betrachtet und organisiert werden! Die Zukunft Frankreichs am Rhein hänge absolut von einer derartigen Regelung ab! Interessant ist nun aber weiter, daß die „Ere Nouvelle" zu berichten weiß, Dorten habe bisher als Verbindungsagent zwischen den Franzosen und den deutschen Reaktionären gedient, auf die Frankreich zähle. Das wird im einzelnen belegt und der französischen Regierung als Material anheimgestellt, auf Grund dessen Dorten sofort aus Frankreich abzuschieben sei. Jedenfalls steht so viel fest, daß Herr Dorten den Augenblick für günstig angesehen hat, um in Paris die erforderlichen Maßnahmen hinsichtlich seiner persönlichen Sicherheit für die Zukunft zu treffen. Weniger sicher ist es, ob er dabei bei den in Frage kommenden Instanzen das von ihm erwartete Verständnis vorgefunden hat.

Die Kriegsgesellschaften besser als ihr Ruf.

Dem Reichstag ist der Tätigkeitsbericht des Ausschusses zur Prüfung des Geschäftsgebahrens der Kriegsorganisationen zugegangen. Er setzte sich aus 21 Vertretern des Reichstages, 14 Vertretern des Reichsrates und 7 Vertretern der Reichsregierung zusammen und tagte unter Vorsitz des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsministeriums. In der konstituierenden Sitzung vom 5. August 1920 hat er 3 Unterausschüsse gebildet, einen für Rohstoffgesellschaften, einen für Ernährungsgesellschaften und einen für die liquidierenden Gesellschaften. Als die Unterausschüsse im Herbst 1920 ihre Tätigkeit aufnahmen, waren noch 85 Kriegsorganisationen mit 19 462 Angestellten vorhanden. Am 1. Januar 1923 wurden noch 1429 Angestellte gezählt. Die Kriegsorganisationen sind also praktisch verschwunden. Es besteht zurzeit noch die Reichsbeteiligungsstelle, Verwaltungs- und Geschäftsabteilung, die Überwachungsstelle für Ammoniakdünger und phosphorhaltige Düngemittel, der Reichskommissar für die Kohlenverteilung und der für die Eisenwirtschaft. Die einzelnen Gesellschaften haben verschieden gearbeitet, einzelne haben nicht unerhebliche Überschüsse erzielt, andere große Fehlbeträge zu verzeichnen. Aus den Tätigkeitsberichten der von den Treuhändern der einzelnen Unterausschüsse erstatteten Berichte ergibt sich, daß ein großer Teil der Angriffe gegen die Kriegsorganisationen der Begründung entbehren. Die Nachprüfung hat vielmehr erwiesen, daß sehr häufig die Beschwerden sich nicht auf Tatsachen, sondern auf Gerede und nicht nachweisbare Behauptungen stützen. Dies gilt namentlich auch für die häufig aufgestellte Behauptung, daß die Kriegsorganisationen mit unverhältnismäßig hohen Kosten gearbeitet hätten. So hat z. B. die Untersuchung bei den Rohstoffgesellschaften ergeben, daß die Verwaltungskosten der Kriegsorganisationen einschließlich der vielfach erheblichen Abschreibungen für Kursverluste usw. zwischen ½—3½ Prozent des Umsatzes schwankten. Wenn der Untersuchungsausschuß auch nicht verkennt, daß bei Organisation und Geschäftsführung der Kriegsgesellschaften infolge des sonstigen Aufbaues und des vielfach mangelhaften Personals manches versäumt worden sei, so kommt er doch zu dem Ergebnis, daß die Kriegsstellen im allgemeinen besser waren, als ihr Ruf.

Provinz und Nachbarländer.

Aus der Provinzialverwaltung.

Einberufung des Provinziallandtages zum 27. Mai.

In der Sitzung des Provinziallandtages am Mittwoch wurde beschlossen, bei der Staatsregierung die Einberufung des diesjährigen Provinziallandtages auf den 27. Mai zu beantragen. Der Provinzialausschuß stimmt u. a. folgenden Vorlagen an den Provinziallandtag zu:

Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt zu Magdeburg, das aus dem freiwilligen Zusammenschluß von Arbeitsnachweisen hervorgegangen ist, wird künftig als Einrichtung des Provinzialverbandes fortgeführt. Zur Mitwirkung der Verwaltung wird ein Verwaltungsausschuß gebildet, der aus je 9 Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Errichtungsgemeinden der örtlichen Arbeitsnachweise besteht. Je 1 Vertreter der letzteren entfällt auf die Großstädte Magdeburg, Halle und Erfurt, auf die mittleren und die kleineren Städte, je 2 Vertreter auf die Landkreise der Provinz Sachsen und auf die anhaltinischen Errichtungsgemeinden.

Ferner schlägt der Provinzialausschuß dem Landtag die

Bereitstellung von jährlich 100 Millionen Mark zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten,

insbesondere der Syphilis vor. Über die Verwendung der Mittel wird der Provinzialausschuß nach Anhörung eines Ausschusses beschließen, der aus Mitgliedern des Provinzialausschusses, der Landesdirektion, der Landesversicherungsanstalt, aus geeigneten Ärzten und aus Vertretern der Hauptfürsorge der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge besteht.

Der Geschäftsanteil der Provinz bei der Mitteldeutschen Heimstätte G. m. b. H. wird von 4 auf 80 Millionen Mark gebracht, gleichzeitig erhöht sich die Bürgschaft der Provinz für die Heimstätte gegenüber der Sächsischen Provinzialbank. Ferner wird die Beteiligung des Provinzialverbandes am Sachsenwerk im Verhältnis zur bisherigen Beteiligung erhöht.

Der Provinzialausschuß beschloß die Übernahme der obersten Betriebsleitung der Oberweißbacher Bergbahn gegen Erstattung der Selbstkosten durch die Kleinbahnbeteiligung der Provinz, deren Leiter in den Aufsichtsrat der Gesellschaft eintritt.

Ferner wird dem Abschluß eines Vertrages mit der Gräfisch von der Asseburgschen Verwaltung wegen Übernahme der Oberaufsicht über die Unterhaltungsarbeiten bei von dieser Verwaltung zu unterhaltenden Straßen durch das Landesbauamt der Provinz zu Halberstadt zugestimmt

Für die Unterhaltung einer Freistelle an der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung zu Berlin sollen für das Rechnungsjahr 1923 2 Millionen Mark in den Haushaltsplan mit der Maßgabe eingestellt werden, daß die Freistelle möglichst einem Angehörigen der Provinz Sachsen übertragen wird.

Merseburg und Umgegend.

12. April.

Briefkästen am Hauseingang.

Die Reichspost versucht, im Briefpostverkehr insofern gewisse Ersparnisse zu erzielen, als die Anzahl der täglichen Bestellungen herabgemindert worden ist. Unverständlich erscheint es jedoch, warum die Post noch immer an der alten Bestellungsart festhält, Briefsendungen bis in die Wohnung des Adressaten zu befördern, statt sie, wie dies in anderen Ländern von jeher geschieht, entweder beim Hausmeister abzugeben oder in Postkästen zu werfen, die für diesen Zweck am Eingang des Hauses anzubringen wären. Die außerordentlich großen Zeitverluste, die den Briefträgern dadurch erwachsen, daß sie treppauf, treppab ihre Bestellungen machen, daß sie warten müssen, würden durch diese Maßnahmen vermieden werden. In der Wohnung des Empfängers wären auf jeden Fall abzuliefern: Einschreibebriefe und Eilbotenbriefe. Hierfür müßte gegebenenfalls eine den Mehrkosten entsprechende Bestellgebühr bezahlt werden.

Die Forderung, am Eingang des Hauses oder an der Gartenpforte Briefkästen anzubringen, sei auch im Interesse der Zeitungsausträgerinnen erhoben. Es ist doch für jede nur einigermaßen geschickte Hand eine Kleinigkeit, einen Holzbriefkasten zusammenzuzimmern, der außer der Briefpost auch die Zeitungen aufzunehmen vermag. Entschließt man sich allgemein in Merseburg, solche Briefkästen an der Hausbforte anzubringen, wird man nicht nur eine schnellere Bestellung ermöglichen, sondern auch nie mehr über gestohlene Zeitungen zu klagen haben, die die Zeitungsfrau notgedrungen auf der Treppe abwerfen mußte, weil die Tür verschlossen war

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230412-10/fragment/page=0002

** Lehrer Hermann Berger †. Am Mittwoch mittag ist der allgemein verehrte Lehrer an der Knaben-Mittelschule Hermann Berger in Söllstedt am Harz, wo er während der Ferien zur Erholung bei seinem ältesten Sohne weilte, gestorben. Eine schwere Lungenentzündung warf den im 60. Lebensjahre stehenden, noch sehr rüstigen und lebensfrischen Mann aufs Krankenlager, von dem er nicht wieder aufstehen sollte. — Mit Hermann Berger ist wieder einer der alten, bewährten Lehrer unseres städtischen Schulwesens dahingeschieden. 40 Jahre übte er seinen schweren Beruf mit einer vorbildlichen Hingabe aus. Vornehmheit der Gesinnung und des Handelns, Liebe und Güte für seine Schüler, Klarheit und Wahrheit waren die hervorragendsten Merkmale seines Wesens und Wirkens. Er war ein tüchtiger Jugenderzieher, der seine Pflichten ernst nahm, und dem mehr als eine Generation der Merseburger Knaben-Mittelschule herzlichen Dank und ein bleibendes ehrendes Andenken schuldet; ein nimmermüder Mann, der neben seinem aufreibenden Lehramt sich noch besonders der Pflege des musikalischen Lebens unserer Vaterstadt annahm. Als Gesanglehrer verstand er es, wie selten einer, Liebe und Verständnis für die edle Musik in den Kinderherzen zu wecken, und setzte diese treue Arbeit als Dirigent des Bach-Vereins und des Domchors fort. Es waren stets erhebende Stunden, die uns Hermann Berger im erhwürdigen Dom mit seiner treuen Sängerschar bot. Nun schweigt der edle Mund des feinsinnigen Musikers. Wer ihn gekannt hat, lernte ihn schätzen und lieben! Das Andenken des Verstorbenen wird fortdauern, und seine Lebensarbeit wird unvergessen bleiben. Möge er in Frieden ruhen! R.

** Personalnachrichten vom Landeskulturamt. Kulturamtmann Rechnungsrat Eichardt hier ist am 31. März 1923 auf Grund des Altersgrenzengesetzes vom 15. Dezember 1920 in den Ruhestand getreten. — Versetzt wurden: Gerichtsassessor Dr. Roth am 18. März 1923 zum Kulturamt in Stendal, Gerichtsassessor Gärtner am 1. April 1923 zum Kulturamt in Eisenach, Regierungslandmesser Heyster am 1. März 1923 zum Kulturamt in Zeitz, Kulturoberinspektor Reißte am 1. April 1923 zum Landeskulturamt in Königsberg in Ostpr., Kultursupernumerar Trippstein am 1. April 1923 zum Kulturamt in Mühlhausen in Thür. — Kulturoberfekretär Höfer wurde mit dem 31. März 1923 von der Beschäftigung im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten entbunden und dem Landeskulturamt unter Ernennung zum Präsidialsekretär überwiesen. Kulturoberfekretär Bahr in Eisenach wurde zum 1. April 1923 gehenden Beschäftigung beim Landeskulturamt überwiesen. Kulturamtszeichner Knadstedt in Eisenach wurde am 1. März 1923 zum Vermessungsdiätar ernannt. Kultursupernumerar Berger und Jakobsen wurde zum Büro- und Kassendienst bei dem Kulturamt Magdeburg-Nord bezw. -Süd einberufen am 1. April 1923. Kulturamtszeichner Nichtig ist am 28. Februar 1923 freiwillig aus dem Dienst des Kulturamts Torgau ausgeschieden.

** Die Silberne Hochzeit feiert heute das Ehepaar Kaufmann Traxdorf, Neumarkt. Dem Jubelpaare sind zahlreiche Ehrungen zuteil geworden. Unsern Glückwunsch!

** Über das Halten von Lehrlingen im Barbier-, Friseur- und Perückenmachergewerbe veröffentlicht der Minister für Handel und Gewerbe im Amtsblatt der hiesigen Bezirksregierung vom 7. April neue Bestimmungen, die bereits mit dem 15. März d. J. in Kraft getreten sind. Wir machen die Interessenten hierauf aufmerksam. Gleichzeitig treten alle von den Handwerkskammern und Innungen gemäß § 130 der G.O. erlassenen Vorschriften über die Höchstzahl der in diesem Gewerbe zu haltenden Lehrlingen außer Kraft.

** Die Rechnung der Ruhegehaltskasse der Kommunalverbände der Provinz Sachsen für das Rechnungsjahr 1921 ist vorgelegt und liegt vier Wochen hindurch im Landesbaule 1 hierselbst (Zimmer 97) für die beteiligten Verbände zur Einsicht offen. Die Ergebnisse der Rechnung sind folgende: Die Einnahmen und Ausgaben der laufenden Verwaltung balancieren mit 6 575 127,24 ℳ; die Einnahmen des Rücklagefonds betragen 1 058 470,71 ℳ. Ausgaben hatte letzterer nicht. Der Vermögensbestand am 31. März 1922 beträgt somit 1 058 470,71 Mark und außerdem Einnahmereste an Einkaufsgeld in Höhe von 40 637 ℳ. Der Überschuß der laufenden Verwaltung, der dem Rücklagefonds zugeflossen ist, beträgt 204 150,99 ℳ.

** Abteil-Wagen in D-Zügen. Zuweisen laufen in zuschlagpflichtigen D-Zügen, die gewöhnlich nur aus Durchgangswagen bestehen, auch Abteilwagen, wie sonst die Personenzüge führen. Durch die Einstellung solcher Abteilwagen wird, wie die „Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung" mitteilt, der Charakter dieser D-Züge nicht geändert, und Reisende, die in diesen Wagen Platz nehmen, haben ebenfalls den Schnellzugzuschlag zu entrichten.

** Milderung der Zugeinschränkungen. Die Einschränkungen im Personenverkehr der Reichsbahn können jetzt gemildert werden. Die Kohlenversorgung ist insbesondere mit Hilfe von ausländischen Zufuhren, neuerdings auch aus Ameriko, etwas besser geworden. Unmittelbar nach dem Ruhreinbruch wurde der Verkehr um 20—30 Prozent eingeschränkt. Jetzt sind die Reichsbahndirektionen ermächtigt worden, einen Teil der ausgefallenen Züge wieder aufzunehmen. Sie können dies unter der Voraussetzung selbständig durchführen, daß mindestens 15 Prozent der fahrplanmäßigen Betriebsleistungen erspart bleiben. So sind bereits eine Reihe von wichtigen Zügen wieder aufgenommen worden; u. a. auch die Tagesschnellzüge Breslau—Halle—Kassel, ab Breslau 5.54 vorm., Halle 1.38, an Kassel 5.44; ab Kassel 10.25, Halle 2.52, Breslau an 9.33.

** Zum Prämientarif der Genossenschaft für die Reichsunfallversicherung der Fahrzeug- und Reittier-Haltungen vom 2. Dezember 1921 ist unterm 13. März d. J. ein zweiter Nachtrag erschienen, in dem das Reichsversicherungsamt folgendes bestimmt: 1. Für den Tarif sämtlicher Gefahrklassen wird ein Zuschlag von 150 vom Hundert erhoben. 2. Die Sätze der Mindestprämie werden wie folgt geändert: In allen Gefahrklassen wird für jedes Vierteljahr eine Mindestprämie erhoben, deren Höhe das Zehnfache des am Schluß dieses Vierteljahres gültigen Portos für einen einfachen Brief im Inland-Fernverkehr beträgt. Die neuen Sätze gelten vom 1. April 1923 bis auf weiteres.

** Fred Harry. Heute abend findet die erste Vorstellung des Hellsehers und Telepathen Fred Harry in Weihs Gesellschaftshaus statt.

** Eine Protestversammlung gegen das Blutbad an der Ruhr veranstaltet die KPD., wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, am Freitag abend 7½ Uhr in der „Funkenburg". Der Referent, Bezirkssekretär W. Sachse aus Halle soll dabei vor allem auch den nach Ansicht der KPD. einzig möglichen, daher notwendig zu beschreitenden Weg zur Lösung dieser schweren Krise unter der Ruhrkrage zeigen. Die Einberufer erwarten daher rege Beteiligung aller Bevölkerungskreise, die unter der jetzigen Not leiden.

** Keine Alkoholreklame mehr bei der Reichsbahn. Die Reichsbahn hat alle Verträge betreffend Alkoholreklame zum 1. September d. J. gekündigt. Es wäre zweckmäßig, wenn die Reichsbahn auf alle Reklame-Verträge verzichten würde, damit alle die Alkoholschäden auf den Bahnhof störenden Schilder entfernt werden können.

*

Gegen den Antisemitismus.

Im „Tivoli" fand gestern eine gutbesuchte Versammlung statt, die sich mit der Frage der Abwehr des Antisemitismus befaßte. Gewerkschaftssekretär Mittel-Halle hielt einen einleitenden Vortrag über die Gefahren, die der Rassen-Antisemitismus für das ganze Vaterland bedeutet. Für den unglücklichen Ausgang des Krieges soll nun ein Teil des deutschen Volkes, die Juden, verantwortlich gemacht werden. In antisemitischen Reisen werde auf das Beispiel von Russland, wo die Juden auf das wirtschaftliche Leben angeblich hätten hingewiesen. Die genaue Nachprüfung, für die der Vortragende mit reichlichem Material aufwartete, ergibt jedoch, daß diese Behauptung in das Reich der Lüge gehört. Das deutsche Kapital in Landwirtschaft, Industrie und Banken ist hauptsächlich in nichtjüdischen Händen. Auch die Fabel von dem politischen Einfluß ist ganz hinfällig. Von den 180 Nachkriegsministern sind ganze 8 jüdischen Glaubens gewesen. Der heute amtierende Außenminister Rathenau hat diese Hetze zum Schaden des deutschen Volkes mit dem Leben bezahlen müssen. Die „Hintermänner", die als letzten Beweis des jüdischen Einflusses für die Verhetzten herhalten müssen, sind, wie jeder nur einigermaßen orientierte Staatsbürger weiß, meist noch die Geheimräte aus der Vorkriegszeit. So bleibt von dem ganzen Jugendwahn nichts übrig. Die Juden bilden nicht die feste Masse, als die sie — nach der Weltherrschaft strebend — hingestellt werden. Sie sind genau der Zerklüftung in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht ausgesetzt, wie die übrigen Volksgenossen. Im Laufe der Jahrhunderte sind sie hineingewachsen in das deutsche Leben, in die deutsche Kultur. Sie sind Deutsche, denn auf deutscher Erde sind sie geboren, in deutscher Sprache klang ihr erstes Stammeln, die Liebe zur Heimat haben sie mit ihrem Herzblute auf dem Schlachtfeld besiegelt. Der Kampf der Antisemiten richtet sich nicht nur gegen die Juden, er richtet sich hauptsächlich gegen die Staatsform der Republik. Die Freiheit, die diese gewährt, ist nicht die Freiheit schrankenlosen Egoismus, sondern die Freiheit der Verantwortung, die jeden verpflichtet, mitzuarbeiten am Aufstieg des deutschen Volkes! Nicht durch Haß und Zerstörung, sondern durch Zusammenfassen aller Kräfte können wir den Abwehrkampf an der Ruhr zum guten Ende führen. Gegen die Verhetzung der Jugend, die so leicht zu bewerkstelligen ist, muß ganz entschieden Einspruch erhoben werden. Die wertvollen Ausführungen der Debattenredner ein und beinnte nochmals, daß der Verein ein reiner Abwehrverein ist, der selbst keine politischen oder wirtschaftlichen Ziele verfolgt. G.

*

Wahlausschreiben für die Wahl des Bezirksbetriebsrats bei der Regierung Merseburg am 5. und 6. Mai 1923.

Gemäß § 7 der zur Ausführung des § 61 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 in den dem Finanzminister und dem Minister des Innern unterstellten Zweigen der Staatsverwaltung erlassenen Verordnung des Preußischen Staatsministeriums vom 7. Februar 1921 sind von den mindestens 18 Jahre alten, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen, von der Bezirksregierung, den Kreiskassen, den Katasterämtern, den Hochbauämtern, den Landrätsämtern und beamtlichen Polizeiverwaltungen beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitern und Angestellten 5 Mitglieder zum Bezirksbetriebsrat bei der Regierung Merseburg und ebensoviel Ersatzmitglieder zu wählen. Wahlberr sind unter den Voraussetzungen der §§ 20, 21 des Betriebsrätegesetzes alle mindestens 24 Jahre alten reichsangehörigen Wahlberechtigten. Gemäß § 33 Absatz 1 der Wahlordnung werden die Wahlberechtigten vom Bezirksvorstand im Amtsblatt aufgefordert, bis zum 21. April d. J. Vorschlagslisten bei dem Vorsitzenden des Bezirkswahlvorstandes Katastertechniker Krost in Merseburg, Regierung, einzureichen. Vorschlagslisten, die später eingehen oder die nicht von mindestens 3 Wahlberechtigten unterzeichnet sind, sind ungültig. Jede Vorschlagsliste soll nach Möglichkeit wenigstens doppelt soviel wählbare Bewerber benennen, wie Bezirksbetriebsratsmitglieder zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Familien-, Vor- (Rufs-) Namen, Beruf und Wohnort genau zu bezeichnen. Außer den Namen der Bewerber können die Vorschlagslisten auch ein besonderes Kennwort enthalten. Die zugelassenen Vorschlagslisten liegen gleichzeitig mit denen der örtlichen Betriebsvertretungen bis zum 6. Mai d. Js. bei den eingesetzten Wahlleitern zur Einsicht der Wähler aus. Die Stimmabgabe über die zugelassenen Vorschlagslisten finden mittels Stimmzettels aus rotem Papier, gleichzeitig mit der Wahl der örtlichen Betriebsvertretungen statt. Jeder Wahlberechtigte darf nur für eine der zugelassenen Vorschlagslisten stimmen. Der Wähler, der von seinem Wahlrecht Gebrauch machen will, hat den roten, gleichzeitig mit dem weißen Stimmzettel an der von dem örtlichen Wahlvorstande oder Wahlleiter bezeichneten Stelle in demselben Wahlumschlage abzugeben. Die Wahlen für den Hauptbetriebsrat sind infolge Besetzung des Ruhrgebietes pp. auf einen späteren, noch bekanntzugebenden Termin verschoben.

Für Rhein und Ruhr!

Stärke die Front!
Gib zur Ruhrspende.

Es gingen ferner in unserer Geschäftsstelle ein: Heinr. Herrmann (anläßlich der heiligen Kommunion) 85 000 ℳ; Reinhard Brühns (2. Rate) 2000 ℳ; Angestellte der Blancdewerke 38 500 ℳ (und 138 400 ℳ an verschiedene Organisationen abgeführt).

Vortrag: 4 628 870 ℳ. Gesamtsumme: 4 703 870 ℳ.

Die Städteordnung im Anmarsch.

Der Landtagsausschuß für die Städteordnung beriet am Dienstag die Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit zur Stadtverordnetenversammlung. Ablehnung fand der deutschnationale Antrag auf Verleihung der Wählbarkeit an die sogenannten Forensen, die am Ort nicht wohnhaften Grundbesitzer und Gewerbetreibenden. Angenommen wurde ein Antrag des Zentrums und der Deutschnationalen auf Verleihung des städtischen Ehrenbürgerrechts. Gegen die Sozialdemokraten wurde die Wahlberechtigung an eine sechsmonatliche Aufenthaltspflicht geknüpft. Im übrigen wurden die Bestimmungen des von Landtag verabschiedeten Notwahlgesetzes auch in die endgültige Vorlage aufgenommen.

*

Die ⅔-Mehrheit für Bürgermeisterwahlen.

Um einen Mißbrauch der noch aus dem Februar 1919 stammenden Mehrheiten in preußischen Städten und Gemeinden zu verhüten, hat der Landtag in das vor kurzem verabschiedete Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen die Bestimmung eingefügt, daß die Stellen der besoldeten Bürgermeister, Magistratsmitglieder, Gemeindevorsteher und Schöffen von den bisherigen Gemeindevertretungen nur besetzt werden dürfen, wenn die Wahl eine Mehrheit von mindestens ⅔ der tatsächlich vorhandenen Mitglieder der Gemeindevertretung gefunden hat. Der preußische Minister des Innern teilt hierzu den Aufsichtsbehörden als Anweisung mit, daß Wahlen, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, unwirksam sind. Ferner dürfen Bürgermeister usw. nicht mehr auf Lebenszeit, sondern in Zukunft nur noch auf 12 Jahre gewählt werden. Die unmittelbaren Wahlen von Bürgermeistern usw. durch die Bürgerschaft müssen in Zukunft geheim durch verdeckte Stimmzettel stattfinden.

*

Vereine und Versammlungen.

Die Aufnahme von Mitteilungen unter dieser Rubrik erfolgt nur gegen Bezahlung. (Versammlungen und dergl. finden an dieser Stelle keine Aufnahme.)

Verein für Gartenbau und Kleintierzucht, Neu-Rössen, e. V. Am Freitag 5½ bis 7 Uhr: Futtermittelausgabe.

*

Tageskalender.

Donnerstag, 12. April.

Experimentell-Abend bei Beth. — Gesellschaftsabend bei Beth (Café). — Künstlerkonzert im Stadt-Café. — G. D. A.: Monatsversammlung. — Ev. Männer- und Jugendverein: Versammlung.

Freitag, 13. April.

Beth: Experimentalabend Fred Harry. — KPD.: Protestversammlung. — Oberschlesiez: Versammlung. — Spv. 99: Jugendversammlung. — G.-V. Nuischia: Kränzchen.

Devisenkurse.

mittags 1 Uhr	12. 4. 23 Mark (Geld)	11. 4. 23. Mark (Geld)
1 holländischer Gulden	8260	8260
1 belgischer Frank	1210	1228
1 norwegische Krone	3790	3790
1 dänische Krone	4000	4000
1 schwedische Krone	5610	5610
1 italienischer Lire	1040	1045
1 Pfund Sterling	98200	98200
1 Dollar	**21100**	**21150**
1 französischer Frank	1400	1390
1 Schweizer Frank	3850	3860
1 tschechische Krone	630	628
100 polnische Mark	49⅝	49½

Tendenz: still.

Wetterwarte.

V. 9. am 13. 4. (Freitag): Warm, teils heiter, teils wolkig. Gewitterneigung, strichweise etwas Regen. — Am 14. 4. (Sonnabend): Warm, wechselnd bewölkt, zeitweise heiter, strichweise etwas Regen, Gewitterneigung.

Neu-Rössen und Zweckverbands-Gemeinden.

× **Leuna Werke**, 12. April. Der Zweckverbandsausschuß Leuna hält am Montag eine Sitzung ab. (Siehe Anzeige.)

§ **Dürrenberg**, 12. April. Steuerveranlagung der Landwirte. Keuschberg, Baldsitz, Dürrenberg, Goddula, Tollwitz, Kirchährendorf usw. sind nunmehr in Gemarkungsklassen eingeteilt: Gemarkungsklasse II b Einkommen pro Hektar 120 000 ℳ, Umsatz 164 000 ℳ; III b 64 000 ℳ, Umsatz 112 000 ℳ; IV 45 000 ℳ, Umsatz 85 000 ℳ. Dazu kommen durch Schätzung der Wert der Arbeitsleistung noch folgenden Sätzen: Für Mann und Frau zusammen 120 000 ℳ. Für Kinder: 1. männliche im Alter von 14—18 Jahren, 50 000 ℳ, weibliche 30 000 ℳ, 2. männliche im Alter von 18—20 Jahren 60 000 ℳ, weibliche 40 000 ℳ, 3. über 20 Jahre usw. je 80 000 ℳ. Der Steuerpflichtige muß, wenn er glaubt, zu hoch herangezogen worden zu sein, seinen Einspruch eingehend begründen, ebenso ist er auch berechtigt, Tatsachen, welche ein niedrigeres Einkommen als der geschätzte Normalertragssatz bedingen, angeben, daß sind beispielsweise Einnahmen durch Pferde- und Fohlenverkauf, Verkauf von Gurken, Spargel, Obst, Kümmel, Hendel, Sämereien usw.

§ **Michlitz**, 12. April. In der Nacht zum Dienstag ist in hiesigem Gasthofe eingebrochen worden. Die Diebe haben aus den unteren Räumen gestohlen: Männer- und Frauenschuhwerk, mehrere Paar Socken, welche gemischte Schurz- und Nützlichkeit bieten, ferner Männerjackett, eine graue Militärhose, einige Bestecke, Rasierzeug, eine Anzahl Zigarren und Zigaretten, ein Fahrrad Marke „Stopper Greif" und noch verschiedenes andere. Das Fahrrad hat schwarzen Rahmen und Felgen. Auf letzteren einen fünf Millimeter breiten grünen Streifen, gerade Lenkstange mit roten Gummigriffen und guter Bereifung. Von den Einbrechern im Gastzimmer vorgefunden, bereits in Gebrauch genommene Schurz- und Nützlichkeit bietende Pelerinen. Die vom gestohlenen Fahrrad hinterlassene Spur führte bis Keuschberg.

Mücheln und Umgegend.

‡ **Mücheln**, 12. April. Eine Schieberei hat sich am Sonntag abend um 10 Uhr hier zugetragen. Die Mücheler Ortsgruppe des Stahlhelms brachte ihre Querfurter Gäste zur Bahn. Unterwegs wurden sie von vier Burschen, die mit Revolvern bewaffnet waren, beschossen. Es entspann sich ein Handgemenge, bei dem einige leichtere Verletzungen vorgekommen sind. Einer der Burschen wurde verhaftet, die anderen entkamen.

‡ **Laucha**, 12. April. Am Sonntag war wahrscheinlich infolge Selbstentzündung der in der Zuckerfabrik lagernde Kohlenhaufen in Brand geraten. Da infolge des Sonntags keine Arbeiter auf dem Hofe anwesend waren, anderseits starker Wind herrschte, mußte ein Teil der freiwilligen Feuerwehr eingreifen, dem es bald gelang, den Brand zu löschen.

‡ **Nebra**, 12. April. Als Nachfolger des nach 3½ monatlicher Amtsführung an das Landratsamt Naumburg zurückversetzten kommiss. Bürgermeisters Dr. Zeuß übernimmt Regierungsreferendar Weber (Sohn des Kreisausschußobersekretärs Weber-Querfurt), die Dienstgeschäfte des Bürgermeisters.

‡ **Freyburg a. U.**, 11. April. Zum Kommissar für die Durchführung des weiteren Verfahrens betr. Errichtung einer Zwangsinnung für das Schuhmacherhandwerk für die Orte Laucha, Freyburg, Nebra, Balgstädt, Weischütz, Mücheroda, Gleina, Baumersroda, Ebersroda, Karsdorf, Großwangen, Kleinwangen, Altenroda, Wippach, Reinsdorf, Wetzendorf, Wennungen, Burgscheidungen, Tröbsdorf, Thalwinkel, Golzen, Kirchscheidungen, Krewinkel, Hirschroda, Städten, Steinbach, Saubach, Bad-Bibra, Wallroda, Balsitz, Großeutz, Zischeitz, Schkeberda, Teuchfeld, Webelsitz und Steigra mit dem Sitz in Laucha hat der Regierungspräsident den Landrat in Querfurt bestellt.

Lauchstädt und Schafstädt.

⊙ **Lauchstädt**, 12. April. Die Osterferien an hiesiger Schule gingen heute zu Ende und so machten auch die kleinen A-B-C-Schützen heute ihren ersten Schulgang. Die Neugier, was sie wohl alles in der Schule erleben würden, plagte sie schon lange und die Eltern konnten all die Fragen kaum beantworten. Nun ist der langersehnte Tag endlich erschienen und der herrliche Sonnenschein, der die Kleinen heute auf ihrem ersten Schulgang begleitete, mögen ein Symbol für ihr ferneres Leben gelten. Die „Eckertüte" spielt ja an solch wichtigem Tage die Hauptrolle, und freudestrahlend verließen sie mit diesem köstlichen Kleinod die Schulpforte.

⊙ **Lauchstädt**, 12. April. Das Fest der silbernen Hochzeit begingen unser geschätzter Abonnent Kaufmann Thomas und Gemahlin, sowie der Zugführer Karl Eckardt und Gemahlin. Beiden Jubelpaaren unsern herzlichsten Glückwunsch!

⊙ **Lauchstädt**, 12. April. Hier finden z. Zt. die theoretischen Lehrlingsprüfungen statt. Bisher haben 4 Sattlerlehrlinge die Prüfung mit „gut" bestanden. Die Prüfung vollzieht der Vorsitzende des Prüfungsausschusses A. Kühlemann unter Zuziehung von je zwei Berufsmeistern. Die Prüfungen finden heute ihre Fortsetzung.

⊙ **Schafstädt**, 12. April. Hier fand vor einigen Tagen unter Leitung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, A. Kühlemann-Lauchstädt, die theoretische Prüfung von 2 Schmiede-, 3 Schlosser- und 1 Klempnerlehrling statt. 2 Lehrlinge bestanden ihre Prüfung mit „sehr gut", die andern mit „gut".

Vermischte Nachrichten.

Vollbekanntschaft.

Verhängnisvolle Folgen eines Kusses.

Berlin, 11. April. Ein merkwürdiger und unheimlicher Vorgang kam gestern in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Sprache. Angeklagt war ein 25jähriger aus guter Familie stammender Kaufmann, der das Gymnasium bis Obertertiaba besucht hat und in medizinischer Hinsicht einen außerordentlich interessanten Fall darstellt. Er hatte vor mehreren Jahren auf einem Maskenball die Bekanntschaft eines auffallend schönen exotisch aussehenden jungen Mädchens gemacht. Beim Abschied drückte er auf ihre Lippen einen Kuß und dabei fiel ihm der, wie er sagte, starre, traurige und dabei grausame Blick auf, mit dem die hübsche Unbekannte ihn betrachtete. Seitdem war es um die Ruhe des jungen Mannes und wie sich bald herausstellte, auch um seine Gesundheit geschehen. Eine Woche später kam bei ihm wohl als Folge dieses Kusses eine furchtbare Krankheit zum Ausbruch und mehrere Heilkuren, die er anwandte, hatten keinen Erfolg. Aus Verzweiflung wurde er Morphinist und trieb sich oft in halbwachem Zustand auf den Straßen umher. Im Januar wurde er von der Polizei angegriffen, und als er sich an dem Portal eines Geschäftshauses zu schaffen machte, gerieten in den Verdacht des versuchten Einbruchsdiebstahls. Auf der Wache versuchte er sich mit einer starken Dosis Morphium, das er immer bei sich trug, zu vergiften. Vor Gericht gab er an, daß er sich auf nichts mehr besinnen könne. Der offenbare Zusammenbruch des jungen Mannes erweckte das Mitgefühl der Richter, und das Gericht gab dem Antrag des Verteidigers, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand zu untersuchen, Folge.

* **Nach dem Alkohol die Betäubungsmittel.** Die amerikanische Regierung hat den anderen Ländern den Abschluß eines Abkommens über den Kampf gegen die Betäubungsmittel vorgeschlagen. In diesem Zusammenhang wird mitgeteilt, daß gegenwärtig in den Vereinigten Staaten 1 380 600 Personen sich dem Opium- und Kokaingenuß hingeben. Auch unter den Schulkindern sei dieses Laster eingerissen und in den Gefängnissen, wo die Gefangenenwärter einen starken Handel mit Betäubungsmitteln treiben.

Leitung: Franz Röhner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Literatur; Franz Gomm für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport; Kurt Röhner für den Anzeigen- und Reklameteil. Sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ramus, Berlin-Wilmersdorf, Landauer Str. 65.
Druck und Verlag der Firma Th. Röhner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230412-10/fragment/page=0003

Dixin das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.
ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & CIE., DÜSSELDORF

Anzeigen.
Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Garantieübernahme übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Studienrat (unverheiratet) sucht für sofort **möbliert. Zimmer** (event. auch Schlafzimmer). Ang. unt. 1138 a. d. Exp.

Möbliertes Zimmer zu mieten gesucht. Angeb. unter 1145 a. d. Exp.

2 Lehrer suchen alsbald **2 gut möblierte Zimmer** mit oder ohne Verpflegung. Ang. u. 1144 a. d. Exp. b. Bl.

2 junge sol. Herren suchen **möbl. Zimmer oder freundl. Schlafstelle.** Kaffeen könn. gestellt werd. Ang. unt. 1148 a. d. Exp.

Wir leihen Geld! in jed. Höhe bei entspr. Sicherstellg. (Möbel usw.) auch ohne Bürgen zu günst. Beding.; beschaff. Betriebskapit., Hyp. u. Baugelder. Kostenl. Ausk. **ert. A. Pieper, Hamburg 3.** Säuerstr. 31, p. Freikuvert!

Braunsdorf 26 ist eine **Baustelle** zum Höchstpreis zu verkauf. Näh. bei **Wiegand, Mälzerstr. 8.**

Fast neue br. Dam.-Halbschuhe (Gr. 38), sowie groß. heller **guterhaltener Kinderwagen** zu verkaufen Kirchstr. 3.

Gut erhaltener **Sportwagen** zu verkaufen Teichstr. 23.

Guterhalt. kl. moderner **Kinderwagen** zu verkauf. Wo, i. d. Exp.

Guterhaltener **Kinderwagen** z. verk. Roter Feldweg 101, r.

Sehr gut erhaltener **Kinderwagen** sehr preiswert zu verkaufen **Fahrradhaus Corbetha. Bhf.**

Gewächshaus-Fenster mit Glas, ca. 50 Stück, gut erhalten, ca. 110×160 cm, preiswert zu verkaufen **Hermann Emanuel,** Gotthardstraße 31.

Einige Fuhren **Rüben** zu verkaufen **Klein-Kayna Nr. 23.**

Möbliertes Zimmer oder bess. Schlafstelle sofort gesucht. Angeb. unt. 1147 an die Exp. d. Bl.

Jung. ordentl. Mann sucht **bessere Schlafstelle oder möbl. Zimmer.** Bettwäsche wird gestellt. Ang. unt. 1128 a. d. Exp.

2 möbl. od. leere Zimmer mit Küchenbenutzung gegen hohe Belohnung in besserem Hause zu mieten gesucht. Ang. u. 1122 a. d. Exp. d. Bl.

Gut bürgerl. Mittagstisch von jungem Kaufmann gesucht. Angebote mit Preis unter 1114 an die Exped.

Benzin und **Benzol** zu Tagespreisen gut sortiert ab **Hiller & Rößner,** Weißenfelserstr. 2 Tel. 664.

Formulare für **Kosten-Anschläge** (Handschr. u. Schreibmasch.) hält vorrätig Buchdruckerei Th. Rößner, Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.

Für die vielen uns dargebrachten Ehrungen und Geschenke zu unserer **Hochzeit** danken wir herzlichst.

Gustav Schocher und Frau Marie geb. Röthling.

Frankleben, den 11. April 1928.

Die glückliche Geburt eines **kräftigen Buben** zeigen hocherfreut an:

Dipl.-Ing. **Max Josenhans und Frau Thusnelda.**

Neu-Rössen, den 11. April 1923. Krankenhaus Merseburg.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der frühere Bäckermeister

Hermann Trobitzsch

im 76. Lebensjahre nach kurzem Leiden entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Frankleben, den 12. April 1928.
Beerdigung Sonnabend nachm. 3 Uhr.

Am 11. April mittags ¾12 Uhr erlag einer Lungenentzündung mein geliebter Mann, unser treuer Vater und Großvater, der

Lehrer an der Mittelschule und Gesanglehrer am Gymnasium

Hermann Berger

Ostern hatte er sein vierzigstes Lehrerjahr vollendet. Er selbst, dessen beste Kraft der Pflege edler Musik galt, bestimmte als seinen Gedenkspruch ein Psalmwort (104, 33):

Ich will dem Herrn singen
mein Leben lang.

Die Hinterbliebenen:
Hermine Berger geb. Block.
Hermann Berger, Pfarrer.
Dr. Siegfried Berger.
Hildegard Berger geb. Denkewitz.
Lully Berger geb. v. Vogelsang.
Siegfried, Gerhard und **Eva Berger.**

Sollstedt, 11. April 1928.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 4 Uhr in Sollstedt (bei Nordhausen) statt.

Ruß zum Düngen gibt ab Lindenstr. 7, 1 Tr.

Rindfleisch z. Koch. a Pfd. **3000** dto. z. Brat. ohne Knoch. a Pfd **3600**
Hammelfl., Schweinefl. u. ff. hausschl. Wurst empfiehlt billigst **Sternberg,** Leunaer Str. 30.

Kaufe Felle zu höchsten Tagespreisen! Ziegen, Zickel, Hasen, Kanin u. Wildkanin, Maulwürfe **Carl Höser,** Markt 8 (Laden).

Kleine Anzeigen haben den besten Erfolg im Merseb. Korrespondent.

Vereinigte Theater

Kammer-Lichtspiele Kleine Ritterstr. 3. — Telephon 529. — **Modernes Theater** Grosse Ritterstr. 1.

Programme von Freitag bis Montag.

Der rote Handschuh!! 3. Teil: „Ueberraschende Enthüllung". Großer amerik. Sensations-Film in 6 Akten mit der tollkühnst. u. verwegensten amerik. Darstellerin **Mary Walkamp.**

Das Menschenroulette!! Ein Mädchenschicksal in 6 Akten von Jane Beß. In der Hauptrolle: **Maria Zelenka und Hans Tillo.** Zur Belehrung und Aufklärung.

Der Eisenbahn-König! Ein utopistischer Menschheitsgedanke in 2 Teil. 1. Teil: **Mensch und Mammon.** Unübertreffbare spannende Handlung!

Marista, die Tänzerin der Borgia! Gewaltiges Liebes-Drama aus dem Zeitalter der Renaissance in 6 Akt. mit **Marie Windszenty, Hans Kurth.**

Anfang 5 und 7½ Uhr. Sonntag 3 Uhr Jugend-Vorstellung.

Morgen Freitag, den 13. April, abends 7½ Uhr findet in der **Funtenburg** eine **öffentliche Protestversammlung gegen das Blutbad an der Ruhr** statt. Die Beamten- und Arbeiterschaft muß geräuschlos zur Abwehr weiterer Gewaltakte. Sorge daher jeder für zahlreichen Besuch. K. P. D. Merseburg.

Casino Ges.-Verein „Rutenia". Freitag, den 13. April, abends 7 Uhr **Kränzchen.** Der Vorstand.

Buchdrucker-Verein Gutenberg V. d. D. B.
Zu unserem am Sonntag, den 15. April, nachmittag 5 Uhr im Kaffeehaus Mouschau stattfind. **Tanzkränzchen** ladet Mitglieder, Freunde und Gönner herzlich ein DER VORSTAND.
Sonnabend von abends 8 Uhr und Sonntag von 10 Uhr vormittags ab **großes Preiskegeln!** Wertvolle Preise!

Fehlt's am Gelde? Kauf bei Klingler!

Auf Kredit liefern wir zu besonders günstigen Bedingungen:
Herren-Anzüge / Cutaways / Sport-Paletots / Schlüpfer / Gummimäntel / Beinkleider / Damenmäntel / Kleider / Kostüme / Kostümröcke / Jumper
Kleine Anzahlungen! . . . . . Kleine Abzahlungen!
Karl Klingler, Leipziger Str. 11 Eing. Sandberg
Kein Laden, nur erste Etage!

Jugendversammlung! Freitag, den 13. April 1923, abends ½8 Uhr im „Casino". Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich. Der Jugendausschuß des Sportvereins von 1899 e. V.

Beth's Gesellschaftshaus Heute **Gesellschaftsabend** Schlagerprogramm der Hauskapelle. Für Stimmung sorgt **Müller-Max** aus Leipzig.

Wochenlohnzettel hält vorrätig Buchdruckerei Th. Rößner, Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.

Hoch- und Halbstamm-Rosen, um zu räumen, zu weit herabgesetzten Preisen, sowie **Futter-Runkeln!** a Zentner 2000.— Mark verkauft **Gemüsebau Rischmühle**

Quittungs-Bücher für Miete, Pacht, Zinsen hält vorrätig Buchdruckerei Th. Rößner, Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.

Strebsamer Landwirt 28 J., sucht, da es an p. Damengesellschaft fehlt, Bekanntsch. m. Landwirtstocht. i. Alt. v. 23—26 J. Alleinerbe einer 9 ha groß. Wirtschaft. Einheirat nicht ausgeschl. Ang. mögl. m. Bild unt. 1142 an die Exp.

Fräulein 29 J. alt, wünscht, da es ihm an Herrenbekanntschaft fehlt, ordentl. sol. Herrn im Alter bis 35 J. auf diesem Wege kenn. z. lern. zw. spät Heirat. Aussteuer vorhand. Ang. unt. 1143 a. d. Exp.

Selbständiger Bäckergeselle sowie ein **Hausbursche** (nicht unter 18 Jahren) sof. gesucht Max Priesich Bäckerei Atzendorf.

Ein selten billig u. gutes Angebot in

Schuhwaren!

Kein Ramsch! Alles erstkl. Fabrikate! Nur Qualitätswaren!

Herr.-Roß-Chevr.-Schnürst. Lackk., bes. empf. pr. Ausführ.	34500	Dam.-Roß-Chevr.-Schnürst. Lackkappe, sehr solid	27800
Herren-Rindbox-Schnürst. gute Form, genäht	31500	Damen-Rindbox-Schnürst. eleg. Ausführung, durchgenäht	29900
Herren-Rindbox-Schnürst. elegante Ausführung	38000	Damen-Boxkalf-Schnürst. Rahmenarbeit	42000
Herr.-Echt-Chevr.-Schnürst. Lackkappe, Rahmenarbeit	44000	Damen-Rindbox-Halbschuh	25000
Herr.-Echt-Boxk.-Schnürst. Rahmenarbeit	52000	Kinder-Spangenschuh Gr. 27—30	16000

sowie **alle Arten Luxus- u. Sportschuhe in reichster Auswahl.**
Besichtigung ohne Kaufzwang!

Richard Schmidt jun. Seitenbeutel 3-5

Reparaturen werden gut, sauber und billigst ausgeführt.

Roßspeisewirtschaft zur Börse Obere Breite Straße 18 empfiehlt **warme Speisen zu jeder Tageszeit.**

Freiwillige Feuerwehr 1. Turner-Komp. **Uebung** Montag, den 16. d. M., abds. 8 Uhr. Antritt am Feuerwehr-Depot. Der Brandmeister.

Sehr billig! Bahnmäne. **2 Ia Bettstellen mit Matratzen!** statt 600 nur 420000 Mk., fast neu. Halle a. d. S., Auguststr. 171, links. Sonnabend 4-7, Sonntag 10-3 Uhr. 10 Ztr. Briketts nehme an. ¼ Anzahlung mitbringen. Daselbst groß., einf. Lederfofa (Bank) 165000 Mk.

Atzendorf. Sonntag, den 15. April von abends 7 Uhr ab **Tanz-Vergnügen** Hierzu ladet ein Th. Burkhardt

Hallesches Kunsttheater Stadttheater
Donnerstag, 12. Apr., 7½ U. Othello. Trauerspiel.
Freitag, 13. April, 7½ Uhr Macbeth. Tragödie.
Sonnabend, 14. 4., 7½ U. Der Sonnenstürmer.
Sonntag, 15. April, 3 Uhr Geschlossene Vorstellung Der Barbier v. Sevilla
Sonntag, 15. April, 7½ Uhr Die Königin vom Maschmarkt. Operette v. Ernst Smigelski.
Montag, 16. April, 7½ Uhr Othello. Trauerspiel.

Tüchtige Aufwartung event. Ostermädchen, tagsüber gegen sehr hohen Lohn gesucht. Lehmann, Neu-Rössen, Breite Str. 54.

Seifen-Großhandlung sucht für den Kreis Merseburg einen tüchtigen **Vertreter** für ihre Seifenspezialartikel. Herren, die über gute Umgangsformen verfügen und denen an einer gutbezahlten, dauernden Stellung gelegen ist, sowie an intensives und fleißiges Arbeiten gewöhnt sind, wollen umgehend Bewerbungsschreiben unter 1126 an die Expedition d. Bl. einreichen.

Sauberes, ehrliches **Dienstmädchen** wird gesucht Frau Lenz, Mühle Oberbenna b. Merseb.

Dienstmädchen gesucht Klein-Kayna 23

Mädchen bis 16 J. als **Aufwartung** vormittags sucht Fr. Petzke, Seffnerstr. 4, III

Verbrennungs-Särge aus Metall und Holz, sowie großes Lager eichener und kiefernner Pfosten-Särge **Metall-Särge** **Sarg-Magazin** von **O. Scholz Ww.** Inhaber Gebr. Scholz Gotthardstraße 34. Merseburg. Gotthardstraße 34.

Suche per sofort ein ordentliches **Mädchen** für das Haus. Frau Anna Müller, Korbwaren-Fabrik, Corbetha.

Aufwartung für vormittags gesucht Hallesche Straße 25, 2 Tr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230412-10/fragment/page=0004

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. April.

Die erste Sitzung des Reichstages nach Ostern wurde eingeleitet durch eine Erklärung des Präsidenten Loebe, die das Haus stehend anhörte und in der mit großer Entschiedenheit und unter schärfster Brandmarkung des französischen Vorgehens Protest erhoben wurde gegen die widerrechtliche Verhaftung von Reichstagsmitgliedern und Regierungsvertretern. Die sehr umfangreiche Tagesordnung war in weniger als einer Viertelstunde erledigt und bot, zumal da das Notgesetz für die Presse zurückgestellt wurde, wenig allgemein Interessantes. Es folgte dann eine fast einstündige Geschäftsordnungsdebatte, die sich an eine deutschnationale Beschwerde über die Verzögerung der Interpellation wegen des Verbotes der Deutsch-völkischen Freiheitspartei anschloß. Das Haus war bereit, diese Interpellation sofort in Angriff zu nehmen, die Interpellanten aber verlangten eine Erklärung der Regierung und zogen schließlich, da der zuständige Innenminister von Berlin abwesend war, ihre dringliche Bitte um sofortige Erledigung wieder zurück. Um 4 Uhr schon konnte die Sitzung geschlossen werden.

*

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Am 12. April findet im Reichstage ein sogenannter „Schwerintag" statt, d. h. es werden Initiativanträge der Parteien beraten. Am 13. und 14. April soll der Eisenbahnetat besprochen werden. Der Reichstag will dann bis zum 25. April einschließlich des Sonnabends und Montags tagen und dann eine Pause bis zum 2. Mai eintreten lassen. Wann der Etat des Auswärtigen Amtes zur Beratung gestellt werden wird, hängt von der politischen Lage ab.

Provinz und Nachbarländer.

Elster—Saale-Kanal.

† **Leipzig.** Bei der Beratung der Stadtverordnetenversammlung über einen Antrag, den Rat zu ersuchen, die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten sofort zu veranlassen, teilt der Berichterstatter mit, daß die Zahl der Arbeitslosen 6500 betrage, wozu noch 15000 Kurzarbeiter kämen. Der Rat betrachte diese Frage leider nicht so ernst, wie es dringend notwendig sei. Die Antwort des Rates sei immer, es sei kein Geld da. Da müsse eben Geld beschafft werden. Der Redner wünschte die Inangriffnahme des Elster-Saale-Kanals. Es werbeten sich größere Werke aus dem Westen nach der Leipziger Gegend, und die Industrie werde sicher sich mit großen Summen am Bau beteiligen. Bayern führe doch auch das Walchenseeprojekt durch. Bürgermeister Roth wies hinsichtlich der Kanalfrage zunächst auf die ungeheuren Kosten hin. Der Elster-Saale-Kangl sei nur ein Teilstück des Mittelland-Kanalprojektes. Dieses sei auf 350 Millionen Goldmark für Baukosten geschätzt. Wenn dieser fertig wäre, müsse noch die Kanalisierung der Saale erfolgen. An einen Bau des Mittelland-Kanals sei aber jetzt nicht zu denken, von den daran Beteiligten denkt niemand daran, jetzt das Projekt durchzuführen. Für Leipzig kämen für den Kanalbau 8,65 Millionen Goldmark in Frage, das seien rund 43 Milliarden Papiermark. Nun sei vom Finanzministerium gesagt worden, Leipzig müßte die Verpflichtung eingehen, sich am Bau des Elster-Saale-Kanals zu beteiligen, eher könnten die Arbeiten nicht begonnen werden. Wenn der Rat nun jetzt mit einer Vorlage über 43 Milliarden kommen wollte, würde sie sicher Kopfschütteln erregen. Der Braunkohlenbau sei jetzt sicher wichtiger als der Kanalbau. — Bei der Abstimmung wird dem Antrag beigetreten.

Der Tod auf der Rutschbahn.

† **Leipzig.** Auf dem Meßplatze hat sich am Dienstag abend ein sehr bedauerlicher Unfall zugetragen. Als einer der vollbesetzten Kähne der Wasserrutschbahn die letzte Kurve durchfuhr, wurde plötzlich einer der Insassen, ein 21jähriger Handlungsgehilfe, aus diesem herausgeschleudert. Der Sturz geschah mit einer solchen Wucht, daß der Verunglückte an einem Schädelbruch wenige Minuten später starb. Seine Braut hatte sich an der Fahrt beteiligt und war Zeugin des Unglücks. So viel heiß jetzt durch die Kriminalpolizei ermittelt, dürfte Selbstverschulden vorliegen. Es war nicht das mindeste festzustellen, daß der bedauerliche Unfall durch irgend einen Umstand an der Einrichtung der Rutschbahn herbeigeführt worden ist. Einige der Zeugen glauben bemerkt zu haben, daß sich der Verunglückte während der Fahrt in dem Kahne aufrecht gestellt hat.

Das Spiel mit dem Tode!

† **Weißenfels.** Am Montag schoß sich der 19jährige Arbeiter Wilhelm Rauch mit dem Revolver in den Kopf und verstarb bald nach der Tat. Rauch fand in Abwesenheit seiner Eltern die Waffe seines Vaters und lud sie in leichtsinniger Weise mit einer Patrone in Gegenwart seiner Freunde. Dabei hantierte er so ungeschickt mit der Waffe, daß sie losging und er einen Kopfschuß erhielt, der sofort tödlich wirkte.

Gas, Wasser, Licht.

† **Quedlinburg.** Der Magistrat setzte ab 1. April die Gas-, Wasser- und Strompreise herab, da die Kohlensteuer von 40 v. H. auf 30 v. H. ermäßigt wurde. Gas kostet 580 ℳ pro Kubikmeter, Strom 980 ℳ die Kilowattstunde und Wasser 220 ℳ für den Kubikmeter.

Alles streikt.

† **Naumburg.** Wegen zu hoher Lustbarkeitsbesteuerung traten auf dem Topfmarkte, der reich beschickt ist, plötzlich am Sonntag sämtliche Schaubuden- und Karusselbesitzer und Inhaber von Verkaufsständen in einen Streik. Sie schlossen ihre Buden, um die Einwohnerschaft zu zwingen, beim Magistrat für sie einzutreten.

Feuerkampf mit Einbrechern.

† **Erfurt.** In der Nacht zum zweiten Osterfeiertag wurde von Einbrechern der Versuch gemacht, in einen Stall und in ein Lagergebäude einer Fabrik in Erfurt einzudringen. Sie hatten den Stacheldraht an zwei Stellen durchschnitten, wurden aber durch die Wachhunde, die Laut gaben, gestört. Der von Bellen wach gewordene Kraftwagenführer stellte fest, daß sich hinter dem Stallgebäude vier Einbrecher versteckt hielten. Als er die Tür öffnete, hörte er, wie einer den andern warnte und zu fliehen ermahnte. Nach Anruf gab der Kraftwagenführer einige Schreckschüsse in die Luft ab, worauf die Einbrecher die Flucht ergriffen. Sie hatten versucht, im Stallgebäude ein Fach einzuschlagen, um einzudringen. — In der Nacht zum Freitag wurde nochmals versucht, in das Gebäude einzudringen. Als der Inhaber und der Kraftwagenführer Schreckschüsse abgaben, wurden die Schüsse von den Einbrechern erwidert. Während zwei Einbrecher schossen, gelang es den anderen, weitere Löcher in die Stallwand zu schlagen. Die Einbrecher wurden später durch Polizisten verscheucht.

Einheitliches Hochspannungsnetz für Thüringen.

† **Weimar.** Der Freistaat Sachsen ist für die Vereinheitlichung und planmäßige Erweiterung der Versorgung des Landes mit elektrischer Kraft für Deutschland vorbildlich gewesen. Das sächsische Beispiel hat jetzt auch die thüringische Regierung zu Verhandlungen über einen Plan angeregt, durch ein Hochspannungsnetz von 50000 Volt, das ganz Thüringen durchziehen soll, sowohl die anzubauenden Wasserkräfte, wie die größeren Kraftwerke des Landes einheitlich zusammenzuschließen. Als Erzeugung soll elektrischer Strom von den benachbarten Landesversorgungs-Unternehmungen bezogen werden, so daß damit zu rechnen ist, daß ein lebhafter Austausch von Strom in den Grenzgebieten, vor allem mit Sachsen, erfolgen wird. Es ist die Bildung eines gemischt wirtschaftlichen Unternehmens beabsichtigt, an dem, neben dem thüringischen Staate, sowohl die Stromerzeuger, wie die stromabnehmenden Elektrizitätswerke beteiligt werden sollen.

Drei Opfer einer Gasvergiftung.

† **Salzwedel.** In Salzwedel wurde die Familie des Bankprokuristen Bux, seine 32 Jahre alte Frau und seine 9 und 5 Jahre alten Söhne das Opfer einer Gasvergiftung. Bux fand, als er von einer Dienstreise zurückkehrte, am Morgen seine Familie tot in den Betten. Ein Defekt an Gasschläuchen in der Küche hatte Gas ausströmen lassen, das die ganze Wohnung dicht erfüllte.

Volkswirtschaftliches.

Notierungen vom 11. April.

Warenmarkt.

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse.

Weizen, märk. 51—52 000, still; Roggen, märk. 42—42 500, still; Gerste (Sommergerste) märk. 36—37 000, abgeschwächt; Hafer, märk. 38—39 000, komm. 37—38 000, schwach; Mais (ohne Provenienzangabe) loko Berlin 45—46 000, frei Hamburg 42—41 000; Weizenmehl 132 bis 148 000, still; Roggenmehl 129—133 000, still; Weizenkleie 23 000, still; Roggenkleie 25 000, still; Raps 85—90 000, still; Leinsaat 85—90 000, still; Viktoriaerbsen 68—73 000; kleine Speiseerbsen 56—55 000; Peluschken 60—65 000; Ackerbohnen 40—45 000; Wicken 55—70 000; Serradella 90—105 000; Rapskuchen 32—33 000; Leinkuchen 50—55 000; Trockenschnitzel, prompt 15 500—16 500; Zuckerschnitzel 20—20 500; Torfmelasse 13 500—14 500; Kartoffelflocken 19 500—20 500 ℳ.

Die Getreidepreise verstehen sich für 50 Kilo, die Mehlpreise für 100 Kilo.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

Stroh und Heu.

Im nichtamtlichen Verkehr der Berliner Produktenbörse wurden gestern folgende Preise notiert: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 14 500—16 500; Haferstroh, drahtgepreßt 11—13 000; Roggen- und Weizenstroh, bindfadengepreßt 14 500—15 500; gebündeltes Roggenlangstroh 15—16 000; Heu, gutes 15—17 000; do. handelsüblich 13 bis 15 000 ℳ.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

Viehmarkt.

Berliner Viehmarkt.

Amtl. Bericht. Auftrieb: 2628 Rinder, 3388 Kälber, 2484 Schafe, 7241 Schweine, 62 Ziegen, 147 Schweine aus dem Memelgebiet. Preise für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark. Ochsen a) 210—250 000, b) 180 bis 200 000, c) 150—170 000, d) bis 130 000. Bullen a) 190—200 000, b) 160—170 000, c) 140—150 000. Kühe a) und b) 180—230 000, c) 150 bis 160 000, d) 110—130 000, e) 80—100 000. Jungvieh 120—140 000 Kälber a) und b) —, c) 240—270 000, d) 170—200 000, e) 120—150 000. Schafe a) 190—220 000, b) 150—180 000, c) 90—120 000. Weidemastschafe a) und b) —. Schweine a) —, b) 310 000, c) 300—310 000, d) 270 bis 300 000, e) 250—270 000, f) 240—250 000, g) 280—290 000. Ziegen 120—140 000. Marktverlauf: Bei Rindern und Schafen ruhig. Bei Kälbern und Schweinen glatt.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise.

Berliner Fettmarkt.

Butter. Die immer noch schlechten Butterverhältnisse lassen die Zufuhren nicht anwachsen. Die Tendenz des Marktes bleibt fest. Dänemark erhöhte seine Forderungen auf 4,50 Kronen. Holland auf 2—2,05 holl. Gulden. Die heutige amtliche Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Großhandel und Erzeuger, Kraft und Gebinde zu Lasten der Käufer war pro Pfund 1a Qualität 7000 ℳ; IIa Qualität 6400—6600 ℳ.

Margarine. Die Fabriken erhöhten für die besten Marken den Preis um 100—555 ℳ, auf 2850—3500 ℳ, während der Konsummarkt unverändert auf 2550 ℳ belassen wurde.

Schmalz. Die Angebote von Amerika waren infolge der Festigkeit der Chicagoer Produktenbörse steigend. Die Konsumnachfrage hat sich weiter gebessert, so daß in Loloware lebhafte Umsätze stattfanden. Die heutige Notierung war:

Choice Western Steam 3350 ℳ; Pure Lard 3450—3500 ℳ; Berliner Bratenschmalz 3500 ℳ; Rinderpfeifetalg 2800 ℳ.

Speck. Etwas bessere Nachfrage. Gesalzener amerikanischer Rückenspeck notiert 3300—3500 ℳ.

Magerviehmarkt Friedrichsfelde bei Berlin.

Amtl. Bericht. Auftrieb: 91 Schweine, 933 Ferkel. Handel lebhaft bei erhöhten Preisen. Es notierten Läuferschweine 7—8 Monate alt 220—260 000, 5—6 Monate 180—210 000; Pölke 3—4 Monate alt 140—190 000; Ferkel 9—13 Wochen alt 110—140 000, 6—8 Wochen alt 90—110 000 ℳ je Stück.

*

Anhaltische Kohlenwerke A.-G., Halle a. S.

Der Aufsichtsrat hat in seiner am 10. April 1923 stattgefundenen Sitzung beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 1 Goldmark pro Aktie vom Nominalwert zu 1000 ℳ, berechnet nach dem Goldankaufspreis des Zehnmarkstücks durch die Reichsbank am 31. Dezember 1922 (10 ℳ = 10 000 ℳ) vorzuschlagen.

Vermischte Nachrichten.

Die große Wohnungsnot.

Er hat sein Schlafzimmer auf dem Marktplatze auf.

Kennzeichnend für die große Wohnungsnot war ein kürzlicher Vorfall, der nebenbei eines humoristischen Beigeschmacks nicht entbehrt. Kam da vor einigen Abenden, nachdem die Dunkelheit bereits eingetreten war, eine Arbeiterfamilie und ihren zwei kleinen Kindern mit einem schwer beladenen Handwagen auf den Marktplatz in Dortmund direkt vor das alte Rathaus gefahren und lud unter dem bengalischen Scheine der großen Bogenlampen ihre Habseligkeiten ab: Bettfellen, Matratzen, Bettzeug, Kleiderschrank usw., alles, was eben zu einer Schlafzimmereinrichtung gehört. Im Augenblick hatte dieser eigenartige Aufzug in dem gerade in den Abendstunden sehr belebten Stadtteil Hunderte Neugieriger angelockt, die zuerst glaubten, man habe es entweder mit einer durchziehenden Zigeunertruppe zu tun, oder aber es handle sich um einen Sonderling, dem es bei dem sommerlich warmen Frühlingswetter in seinen vier Wänden zu heiß geworden war, und der sich nun eine angenehme Ruhestätte im Freien ausfuche. Alle Umstehenden sahen sich erstaunt an. Es dauerte nicht lange, und das Nachklinger von Granada war fertiggestellt: alle Möbel waren in kürzester Zeit hübsch geordnet auf dem Pflaster des Marktplatzes aufgebaut, selbst das unvermeidliche kleine „Töpfchen" fehlte nicht. Bis dahin war alles ohne Störung unter den Augen der zahlreichen Zuschauer vor sich gegangen, deren Zahl inzwischen ab des ergötzlichen Bildes dauernd angewachsen war. Als nun der „Hausherr" sogar Anstalten machen wollte, sich seelenruhig in das frischgemachte Bett zu legen, da erschien wie ein Blitz aus heiterem Himmel eine erste Ruhestörer in Gestalt der heiligen Hermandad: zwei ordnungsliebende Schutzleute erschienen ohne anzuklopfen in dem Schlafgemach der Eheleute und forderten den Wagenmutiges energisch auf, so schnell wie möglich seine Möbel wieder aufzuladen und sich nach Hause zu begeben. Bei dem nun entstehenden Disput zwischen den beiden Parteien klärte sich der eigenartige Sachverhalt auf. Mit einem heiteren und einem nassen Auge lauschten die Umstehenden erwartungsvoll den Erzählungen des „Auswanderers". Es handelte sich um den aus der Zeit der 18 tägigen Dortmunder Kommunistenherrschaft bekannten Preßgewaltigen Hornig, der früher Sattler war. Sein Hausbesitzer in der Kaiserstraße hatte ihm die Wohnung gekündigt, da er noch seiner Erzählung aus für Büroräume machen wollte. Seine Einwendungen nützten ihm aber nichts und er mußte wohl oder übel sein Schlafzimmer wieder abbrechen und den Marktplatz räumen. Der Abzug der ehemaligen Wohnung gestaltete sich nun zu einem Demonstrationszug gegen den Hausbesitzer; etwa 1500 bis 2000 Personen versammelten sich vor dem Hause des Ausgewiesenen und forderten die Freigabe der alten Wohnung. Unter dem Drucke der erregten Menschenmenge wurde dann die auf die Straße gesetzte Familie „liebevoll" wieder aufgenommen.

* **Der Kraftwagen in den Vereinigten Staaten.** Von den Automobilen der ganzen Erde laufen 83 Proz. in den Vereinigten Staaten. Rund 10 Millionen sind es dort zurzeit, davon 9 Millionen Personen-, 1 Million Lastkraftwagen. Wenn diese Wagen in einer Linie aufführen, jedes den Kühler an der Hinterachse des Vordermannes, so gäbe das eine Schlange von über 25 000 Kilometer Länge; d. h. sie würde den halben Erdball umfassen. Faßte jeder Wagen 10 Personen, so könnte die halbe Bevölkerung der Vereinigten Staaten gleichzeitig Automobil fahren. Im vergangenen Jahre beförderten die amerikanischen Kraftwagen rund 6 Milliarden Personen, während die sämtlichen Eisenbahnen des Landes nur 1235 Milliarden Passagiere beförderten. Dementsprechend ist die Automobilindustrie entwickelt. Der Wert aller von ihr im Jahre 1920 erzeugten Produkte belief sich auf über 1½ Milliarden Dollar, davon lieferten auf Kraftwagen (2 205 000 Stück) 223 927 000 Dollar, auf Einzelteile und Zubehör 725 136 942 Dollar und auf Reifen 636 750 000 Dollar. Die Wagen verbrauchen 27 Proz. der amerikanischen Petroleumprodukte: 24,6 Proz. Gasolin, 2,4 Proz. als Schmiermittel. — Wie beliebt das Auto auf der Farm ist, beweist ein Bericht des Statistischen Amtes. Jede dritte Farm hat wenigstens einen Kraftwagen; aber erst jede 28. hat einen Traktor und nur eine 50. einen Lastkraftwagen. Zum Vergleich damit sei erwähnt, daß 40 Prozent aller Farmen Fernsprecher besitzen, aber nur 10 Proz. Wasserleitung.

* **Ein feines Bankunternehmen.** Die Untersuchung gegen jüngst verhaftete polnische Banknotenfälscher in Wien hat ergeben, daß zur Errichtung einer in Wien ansässigen „Nationalbank Polen" eine Art Aktiengesellschaft gegründet worden war, für die die Aktionäre nur Millionenbeträge zeichneten und die auch Aufsichtsratssitzungen abhielten. Der Hauptkassengestelle Gelbertstein, der 15 Millionen beigesteuert hatte, war „Direktor" des Unternehmens. Es wurden 50 000 falsche polnische 10 000 ℳ-Scheine ausgegeben, von denen nur 9000 wieder herbeigeschafft werden konnten. Jetzt scheint man einem Teil der noch fehlenden Beträge auf die Spur gekommen zu sein. Ein gewisser Siegfried Sarage hat von Frankfurt aus gemeldet, daß es ihm bisher nicht gelungen sei, seine falschen Noten an den Mann zu bringen. Dann aber traf ein Telegramm der Frankfurter Polizei ein, daß dort ein Mann namens Jakob Tauber verhaftet wurde, der 29 Millionen polnische Mark herausgabt hatte. Offenbar ist dieser Tauber der gesuchte Sarage.

Bekanntmachung.

Tages-Ordnung für die **Sitzung des Zweckverbandsausschusses Leuna am Montag, den 16. April 1923, abends 7 Uhr in Leuna-Werke, Bau II 617 (Sitzungszimmer):**

1. Bildung des Schulvorstandes der Berufsschule.
2. Linienführung der Landkraftwerke Kulkwitz.
3. Bürgschaftsübernahme für die Baugenossenschaft Leuna.
4. Vertrag mit dem Ammoniakwerk Merseburg.
5. Isolierung der Wasserleitung über die Eisenbahnbrücke.
6. Vertrag mit der Eisenbahndirektion wegen der Führung der Wasserleitung.
7. Nachprüfung der Rechnungslegung.
8. Verkauf eines Grundstückes an die Firma Mennicke.
9. Verpachtung eines Grundstückes an die Firma Zementbau-Hannover.
10. Bestimmung eines Rechtsanwaltshonorars.
11. Unterstützung der Ausstellung des Gartenbauvereins.
12. Anträge und Wünsche.

Leuna-Werke, den 11. April 1923.

Der Vorsitzende des Zweckverbandes Leuna.
Cornelly.

Saat-Kartoffeln
Upto date morgen, Freitag, früh auf dem Güterbahnhof n. Lager.
K. Freygang, Kartoffel-Großhandlung, Gr. Ritterstr. 7, Tel. 434.

Freitag früh eintreffend
Frischen Seefisch
empfiehlt
Emil Wolff, Roßmarkt.

Zeinster Allgäuer
Limburger Käse Pfund 3500
1a fetten Speck Pfund 3600
Gar. rein. Pflaumenmus
ff. gem. Marmelade
prima Rübensaft
empfiehlt billigst
A. Speiser,
Breite Straße 13.

Kleine Anzeigen
haben den besten Erfolg im Merseburg. Korrespondent. (Nebenausg. Schafstdt. Ztg.)

Eine frischmilchende Schweiziege z. kauf. ges. Wieland, Mülzerstraße 8.

Enteneier z. Brüten gibt ab Fischerstraße 7.

Auf
Teilzahlung
Herren-Anzüge: Burschen-Anzüge, Sport-Anzüge, Sport-Hosen, Arbeits-Hosen
Gummi-Mäntel: Kostüme, Strickjacken, Paletotdecke, Damen-Kleider
Paul Sommer
Halle a. S. Leipzigerstrasse 14 I. u. II. Etage
Leichte Zahlungsweise!
welche möglichst nach den Wünschen der Käufer festgesetzt wird. Nach geleisteter Anzahlung wird dem Käufer **sofort die Ware ausgehändigt.**

Post-Gebühren mit Abänderungen ab 1. Apr übersichtl. zusammengestellt hält vorrätig Buchdruckerei Th. Rössner Merseburg, Kl. Ritterstr. 8.

1 Wringmaschine zu verk. Hirtenstr. 14.

Gerstenschrot, Roggen- und Weizenkleie empfiehlt Willy Baumann.

Freiwillige Auktion!
Sonnabend, den 14. April d. J., ab vorm. 9 Uhr versteigere ich im Gasthause zur „Funkenburg" hier, öffentlich meistbietend gegen bar u. a.: 2 Tische, 2 Gartentische, 8 Stühle, Kinderbettstelle, Waschtisch, Waschservice, Gummi-Badewanne, elektr. Kronleuchter, Nähmaschine „Sendel & Naumann", Kaffeemühle, div. Vasen, Schuhe, Kleidungsstücke, Künstler-Gardinen, diele andere Wirtschaftsgegenstände; ferner: **Bäckerei-Utensilien** als: Backschüsseln, Sandstreifen, Topfsuchen- und Springformen, Mehlschaufeln, Semmelsäge usw.; überzähl. **Rüstwagen, Landauer, Preschwagen** (Hinterlader), **Kutschgeschirr „Cabriolet".**
Albert Franke, beeid. Auktionator, Lindenstr. 11

Teichers Möbelhaus Halle a. S.
untere Große Steinstraße 82, 1
empfiehlt billige Schlafzimmer mit echt. Marmor und Spiegel, Herren- und Speisezimmer, komplette Küchen, Plüschsofas, Chaiselongues, Schreibtische, Schränke, Vertikos usw.
Keine Ladenmiete, daher äußerst preiswert.

Sonnabend, den 14. d. M., steht wieder ein frischer Transport hochtragender sowie neumilchender
Kühe
mit Kälbern
in Merseburg, im „Goldenen Hahn" preiswert z. Verkauf.
Robert Amling. Otto Heilmann.
— Telephon Nr. 240. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230412-10/fragment/page=0005

Der Reichspräsident an die Eisenbahner

Berlin, 11. April. Der Reichspräsident hat unter dem 8. 4. an die deutschen Eisenbahner im besetzten und Einbruchsgebiet folgenden Aufruf gerichtet:

Der Abwehrkampf, den Deutschland um Freiheit und Leben im Ruhrgebiet zu führen gezwungen ist, hat die deutschen Eisenbahner an Ruhr und Rhein, in Pfalz, Hessen und Baden in die vorderste Kampflinie gestellt. Unsere Gegner wissen, daß sie ohne die Mithilfe der Angehörigen der deutschen Reichsbahn ihr Ziel nicht erreichen. Durch scharfe Bedrückung, brutale Verfolgung und arglistige Verlockung suchen sie daher mit aller Macht deutsche Eisenbahnbeamte und -Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen, Eid und Pflicht, Recht und Gesetz, Völkerrecht und Vertrag mit Füßen tretend. All dem haben die deutschen Eisenbahner ihr stummes, unbezwingliches Nein entgegengestellt. Trotzdem allen Drohungen, trotzdem sich von Woche zu Woche steigernden Quälereien und unangesehen von verführerischen Versprechungen, bleiben sie standhaft, bleiben sie treu ihrer geschworenen Pflicht, ihrem Vaterlande und ihrem Volke. Mag landfremde Gewalt sie aus Heimat und Eigentum vertreiben, mag brutales Faustrecht sie mißhandeln und ins Gefängnis schleppen, sie wollen und werden keine Dienste unter Knechtschaft tun.

Mit tiefem Mitgefühl und stolzer Bewunderung sieht ganz Deutschland dieses stille Heldentum, das uns alles Vorbild, den Mut des Ausharrens täglich neu stärkt und uns anfeuert, in den Hilfeleistungen bis an die Grenze unserer Kraft zu gehen. Es wird eine Ehrenpflicht des ganzen Reiches sein, nach besten Kräften alle Schäden wieder zu heilen, die fremdes Unrecht dem einzelnen zugefügt hat. Es muß unser aller erste Sorge sein, unseren Volksgenossen, die mitleidlosem Terror gefangen hält, die Freiheit wiedergewinnen. Das deutsche Volk weiß, daß die Eisenbahner im Westen für eine bessere Zukunft des Vaterlandes Schweres und Bitteres tragen und weiter zu tragen bereit sind. Der Dank des ganzen deutschen Volkes für ihr Ausharren sei ihnen erneut versichert. Dieser Dank und unsere Bewunderung sollen sie begleiten in die Zeiten hinaus, in denen wir wieder frei sind von fremder Gewalt und auf unserer Väter Erde freier Arbeit leben.

Worte demokratischer Führer zum Ruhrkampf

Aus Anlaß einer großen Tagung, welche die Demokraten Schleswig-Holsteins neulich in Altona abhielten, hat die D.D.P. Altona und Umgegend bei führenden Mitgliedern der Partei eine Umfrage über ihre Meinung zur gegenwärtigen politischen Lage veranstaltet. Aus allen Zuschriften spricht der Wille zum einmütigen Zusammenstehen und der unerschütterliche Glaube an den Sieg unserer gerechten Sache. Die Altonaer Demokraten selbst schicken zum Geleit das Wort Fichtes voraus:

Und handeln sollst du so, als hinge
von dir und deinem Tun allein
das Schicksal ab der deutschen Dinge
und die Verantwortung wäre dein.

Prof. Dr. Walter Goetz, M. d. R., Leipzig: Es ist gewiß bedrückend, Zeiten der Not durchleben zu müssen — aber sollten wir nicht stolz sein, für unser Volkstum leiden und kämpfen zu müssen? Viele Generationen unseres Volkes haben für uns gelitten; nun laßt auch uns für spätere deutsche Generationen leiden und siegen!

Reichsschatzminister a. D. Dr. ing. h. c. **Gothein**, M. d. R.: Ein Politiker muß den Mut haben, unbequeme Wahrheiten zu sagen.

Sächsischer Finanzminister **Heinrich**: Wer sich in seinem politischen Wollen und Handeln nicht von dem freudigen Gefühl der Pflicht und der Verantwortung gegen sein Volk und sein Land leiten läßt, der soll sich nicht Demokrat nennen. Und wer nicht versteht, dafür ernste Opfer zu bringen, der soll nicht von Vaterlandsliebe reden.

Prof. **Hermann Hummel**, ehem. badischer Staatspräsident: Haltet den Kopf kühl und die Füße warm.

Reichsminister a. D. **Erich Koch**, M. d. R.: Ein Volk, das gegenüber der schmählichen Unbill des Ruhreinbruches nicht einmütig zusammensteht, würde den Namen einer Nation nicht mehr verdienen.

Oberbürgermeister Dr. **Wilhelm Külz**, M. d. R.: Im Buch der Weltgeschichte liegen der deutsche Tag aufgeschlagen „Reich, Rhein, Ruhr" hat die Prägung als Überschrift gefaßt. Von uns hängt es ab, ob darunter einst geschrieben stehen wird: „Gewogen und zu leicht befunden" oder „Durch Not und Niederbruch empor zu neuer Höhe!"

Dr. **Carl Melchior**, Hamburg: Wir kämpfen heute den schweren Kampf der sittlichen Kraft gegen die rohe Gewalt: Jeder Tag, den wir in diesem Kampfe bestehen, bedeutet Gewinn — nicht nur für uns, sondern für die Sache des Rechts und der Freiheit in der ganzen Welt!

Staatsminister z. D. Dr. **Arnold Paulsen**, Weimar: Suche die Anschauungen anderer zu verstehen, dann wird es dir nicht schwer werden, sie versöhnlich zu behandeln. Intolerant sei aber gegen Intoleranz.

Vizekanzler a. D. **Friedrich Payer**: Die Franzosen sind nicht zum ersten Male in Süddeutschland. Wir waren oft noch wehrloser als heute, die eigenen Landeskinder standen in ihren Reihen, und wir sind sie doch wieder los geworden. Wir bringen sie auch diesmal wieder hinaus.

Reichsminister a. D. **Hugo Preuß**, M. d. L.: Das einzige politische Gut, das Deutschland sich noch gerettet hat, ist die nationale Einheit des Reiches. Es hat sie nur durch die demokratische Republik gerettet. Was die Republik gefährdet, bedroht die nationale Einheit Deutschlands.

Prof. Dr. **Martin Rade**, Marburg (Lahn): Von der „Freiheit eines Christenmenschen" zur politischen Freiheit scheint ein weiter Weg. Und doch ist ihn die Weltgeschichte gegangen. Es gibt auch keinen andern, der zum Ziele führt.

Reichsminister a. D. **Eugen Schiffer**, M. d. R.: Für ein Volk in Not ist Charakter wichtiger als Talent.

Senator Dr. **Stubmann**, Hamburg: Die Zukunft des deutschen Volkes wird demokratisch sein, oder das deutsche Volk wird nicht sein. Denn die Existenz eines Deutschen Reiches ist gebunden an die tiefgegründete Volksüberzeugung von seiner inneren Einheit, d. h. an die Gleichheit aller Staatsbürger gegenüber dem Reiche. Sie ist weiter gebunden an die Einheit des Reiches nach außen, die ohne innere Einheit, also ohne Demokratie, unmöglich ist. Wer nicht den Zerfall des Reiches will, muß die Demokratie wollen.

Oberpräsident **Ernst Siehr**, Königsberg i. Pr.: Nicht die werden den Narren aus dem Drecke ziehen, die verflossenen Staatsformen nachjammern oder kommunistische Zukunftsideale ertrümmern, sondern die in unerschütterlichem Glauben an die Kraft unseres Volkes und den Sieg des Rechtes über die Gewalt mit herben Stiefeln in den Dreck, wie er nun einmal ist, treten und im Schweiße ihres Angesichts die Mühler Zahl für Zahl weiterdrehen. Es wird schon gehen. Kommt, packt an und schwitzt nicht!

Landwirtschaftsminister Dr. **Hugo Wendorff**, M. d. L.: Im Ringen um Dasein und Zukunft kann unser Volk nur siegreich sein, wenn es demokratisch ist und wenn seine Ernährung aus der heimatlichen Scholle erarbeitet.

Staatsminister a. D. **Dominicus**, M. d. L.: Wir scheint heute nichts näherliegender zu sein, als die Erinnerung an das Lied: Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte.

Prof. Dr. **Heinrich B. Gerland**, Jena:

Das Schlechte totzuschlagen?
Beauemes Streben!
Zum Licht es zu heben,
Das laßt uns wagen!

Prof. **Jäckh**, Leiter der Deutschen Hochschule für Politik: Die Staatsgesinnung der deutschen Arbeiterschaft, wie sie sich 1923 gegen den französischen Militarismus bewährt, ist die Folge und eine Frucht der Staatserneuerung von 1918. Der deutsche Arbeiter ist nicht mehr nur Objekt, sondern selbst Subjekt des demokratischen Staates.

Dr. **Joh. Rathje**, Kiel: Das Herz der deutschen Demokratie schlägt dort, wo Deutschlands Fahnen wehen! Das Herz der deutschen Demokratie schlägt heute am Rhein und an der Ruhr!

Wichtiges vom Tage.

Die englische Regierung ist bei einer Abstimmung in einer unpolitischen Frage über die Verwendung von vorwaltigen Soldaten in der Zivilverwaltung infolge der Abwesenheit zahlreicher Mitglieder der Regierungspartei in der Minderheit geblieben. Wenngleich die Opposition den Erfolg ihres geschickt vorbereiteten Coups stürmisch begrüßte, so sind ernste Folgen dieser Zufallsabstimmung kaum zu erwarten. Die Regierung wird voraussichtlich den abgelehnten Antrag neu einbringen und dabei die Vertrauensfrage stellen.

*

Infolge der wenig höflichen Form, mit der die Sowjetregierung die britischen Proteste gegen die Kirchenverfolgungen beantwortet hat, ist die Möglichkeit eines Bruches zwischen England und Rußland nahe gerückt. Die englische Handelsmission soll abberufen werden, die russische aus London ausgewiesen werden. Tritt dieser Zustand ein, so wäre Deutschland die einzige Großmacht, die Vertreter bei der Sowjetregierung unterhält.

*

Am 11. April waren es drei Monate, daß die Franzosen in das Ruhrrevier eingebrochen sind. Sie haben in dieser Zeit fast der 4,2 Millionen Tonnen Reparationskohlen nur etwa ¼ Million erhalten. Das Ergebnis ist mager und wird durch die gestohlenen Milliarden nicht ausgeglichen. Dagegen können sie sich rühmen, viele hundert Beamte ausgewiesen und ins Gefängnis geworfen zu haben. 50 Menschen sind während der „friedlichen" Besetzung von der wild gewordenen Soldateska erschossen worden. Wer bleibt der Protest des Weltgewissens gegen diese ungeheuerliche Vergewaltigung eines im Frieden grundlos überfallenen Landes?

Die politischen Sturmzeichen,

die am Horizont stehen, machen den regelmäßigen Bezug einer gutinformierten Korrespondenz zur unabweisbaren Bedürfnis. Der „Merseburger Korrespondent" unterrichtet seine Leser, wie vielfach anerkannt wurde, über alle Vorfälle schnell und gut. Er kann im

Halbmonats-Abonnement

für die zweite Hälfte des Monats April zum Preise von 1650 M. einschließlich Trägerlohn bezogen werden. — Bestellungen werden entgegengenommen in der Geschäftsstelle Kl. Ritterstr. 3 (Tel. 466) und von unseren Trägern in der Stadt und auf dem Lande.

Merseburger Korrespondent (Nebenausgabe Schafstädter Zeitung).

Ruhr und Völkerbund.

Die englische Propaganda für eine Überweisung des Ruhrproblems an den Völkerbund wird von Tag zu Tag lebhafter, und sie findet ein immer größeres Echo, das bereits über die Grenzen des Inlands hinausreicht. Es wird daher auch immer dringlicher, daß dieser Propaganda mit den entsprechenden Mitteln und dem erforderlichen Nachdruck entgegengewirkt wird. Denn der Völkerbund im seiner heutigen Zusammensetzung ist alles weniger als das Forum, das für eine objektive und gerechte Entscheidung über Fragen anerkannt werden könnte, bei denen es auf der einen Seite um das Schicksal Deutschlands, auf der anderen Seite um Interessen Frankreichs geht. So, wie der Völkerbund sich heute darstellt, ist er selbst nach dem Urteil kühler englischer Betrachter Staaten. Um es kurzes fassen will. Mit dem Eifer und dem Raffinement, das sie auszeichnet, macht die französische Propaganda diesem Gedanken den angelsächsischen Völkern schmackhaft, und die Befürchtung rückt immer streitbarer nahe, daß auf der Grundlage eines solchen Projektes zwischen London und Paris eine Verständigung erzielt werden könnte. Dabei würde natürlich für Deutschland jede Möglichkeit, in den Verhandlungen, bei Gegenseite seine Stimme vernehmbar zu machen, systematisch ausgeschaltet, um so notwendiger ist es, daß von deutscher Seite geschickt, um die politisch verantwortlichen Kreise Englands und auch Amerikas und auch darüber hinaus die höchst mangelhaft unterrichtete Meinung der beiden Länder richtig ins Bild zu setzen über die Unmöglichkeit, die einsolches Projekt bedeutet. Dabei ist keine Zeit zu verlieren, und es darf keine Anstrengung gespart werden. So wenig man von der anglo-amerikanischen Seite eine positive Handlung zugunsten Deutschlands erwarten darf, so bedrohlich wächst die Gefahr, daß unter dem irreführenden Einfluß der französischen Propaganda sich die Neigung verstärkt, die Hand zu einem solchen Streich zu geben. Er wäre für Deutschland verhängnisvoll, und seine rechtzeitige Abwehr mit allen Mitteln ist daher das dringliche Gebot, das sich vor allen politisch verantwortlichen Kreisen des Reiches erhebt.

Das Lügenbüro.

Havas führt den Lügenkrieg bekanntlich mit allen, auch den größten Mitteln fort. WTB. verbreitet heute zwei Dementis, die die plumpen Mittel des Lügenbüros bloßstellen:

Eine Havas-Meldung aus Riga, wonach Feldmarschall von Mackensen sich in Moskau befinde, um über den Abschluß einer Militär-Konvention zu verhandeln, ist unrichtig. Der Feldmarschall befindet sich in Falkenwalde bei Stettin.

Das andere Dementi lautet:

„Gerüchte, die an der Wasserfante und in amerikanischen Häfen verbreitet werden, daß deutschen Auswanderern aus Gründen militärischer Dienstpflicht die Pässe verweigert werden, sind selbstverständlich nicht im geringsten wahr. Gemäß Versailler Vertrag und Verfassung besteht für keinen deutschen Reichsangehörigen eine militärische Dienstpflicht, soweit sie nicht freiwillig durch Eintritt in die Wehrmacht eingegangen wird.

Kirche und Staat.

Bei den Ausschußverhandlungen des Preußischen Landtages über den Kirchenetat hat der Kultusminister Dr. **Boelitz** einige Äußerungen getan, die auch über Preußen hinaus Interesse verdienen. Einmal sie zeigen, wie groß heute noch der Trennung von Staat und Kirche die Macht der Kirche, selbst der schwachen protestantischen Kirche, gegenüber dem Staate ist. Nachdem der Minister selber und außerdem noch zwei Vertreter des Finanzministeriums die großen finanziellen Aufwendungen geschildert hatten, die der Staat immer noch für die Kirche macht, antwortete Dr. Boelitz auf einige Anfragen wegen der politischen Haltung der Geistlichkeit zum heutigen Staate in einer Weise, die man nur als flau bezeichnen kann. Er erklärte nämlich, die Kirchen hätten infolge des ihnen gewährleisteten Rechtes der freien Religionsübung volle Selbständigkeit. Wenn daher Geistliche die Kanzel zu übergriffen auf das politische Gebiet mißbrauchten, so seien für Beschwerden nur die Behörden der Kirche selber zuständig. Ihnen leite er daher solche Klagen zu. Was bei dieser Methode herauskommen kann, bedarf keines Kommentars. Dr. Boelitz fügte hinzu, daß, wenn Verstöße gegen das Gesetz zum Schutz der Republik oder gegen die einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuchs durch Geistliche begangen würden, nur das Justizministerium eingreifen könne. Formal gewiß korrekt, aber leider nur bürokratisch gedacht. Der Chef einer Staatsverwaltung, zu deren Ressort die kirchlichen Angelegenheiten gehören, sollte doch wohl ein näheres Interesse an solchen Übergriffen nehmen und noch andere Mittel finden, dem Staate für seine Leistungen an die Kirche auch seine Rechte zu wahren.

Sein Prinzeßchen.

Roman aus einer kleinen Residenz.

Von Horst Rainer.

11. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Langsam waren sie bis an die Schlummerbank gekommen, aber Prinz Joachim wußte noch immer nicht, wer seine Begleiterin war. Deshalb begann er seine Fühler auszustrecken.

„Gnädiges Fräulein gehören sicher zur nächsten Umgebung der Prinzessinnen Wengerstein?"

In den Augen der Prinzessin Lolo blitzte der Schalk.

„Nur allernächsten," sagte sie leise.

„Ich habe es mir gleich gedacht. Die hohen Herrschaften führen wohl ein sehr stilles, zurückgezogenes Leben?"

„Allerdings."

„Die Prinzessinnen sind wohl schon sehr alt?" sondierte er weiter, sich absichtlich unwissendes stellend als er war.

Seine Begleiterin lachte leise in sich hinein.

„Ich weiß nicht, ob Ihnen dreißig Jahre als ein sehr hohes Alter erscheinen. So viele Jahre zählt Prinzeß Renate."

„Ah — noch so jung. Und Prinzeß Lolandia?"

Sie wandte schnell den Kopf nach ihm um.

„Sie kennen ihren Vornamen?"

„Nun ja — ich hörte ihn nennen. Ist sie viel älter als Prinzeß Renate?"

„Sie ist etwas über achtzehn Jahre alt."

„Das ist mir sehr überraschend. Ich denke, ich habe ein paar sehr alten Damen meine Aufwartung zu machen. Jedenfalls ist aber der Altersunterschied der Prinzessinnen recht bedeutend.

„Sie sind Halbschwestern."

„Ah — ich danke sehr, nun bin ich orientiert. Gnädiges Fräulein gehören aber sicher zum Hofstaat der jüngeren Prinzessin? Ich habe mir gleich gedacht, daß ich eine der Hofdamen vor mir habe?"

„Daß er sie erst für die Pförtnerstochter gehalten hatte, verschwieg er klüglich.

Wieder trieb der Schalk in Prinzeß Lolos Gesicht ihr Wesen. Aber sie sagte ganz ruhig:

„Oh, einen eigentlichen Hofstaat gibt es nicht im Prinzessinnenschlößchen, dazu sind die beiden Prinzessinnen viel zu arm und unbedeutend. Prinzeß Renate hat allerdings eine Art Hof- oder Ehrendame, Fräulein von Birkhuhn."

„Und gnädiges Fräulein nehmen sicher bei Prinzeß Lolandia denselben Ehrenposten ein?"

Prinz Joachim sagte sich, daß er eine kaum zu entschuldigende Neugier an den Tag legte. Aber einmal hätte er gern gewußt, wer seine Begleiterin war, und dann hoffte er, etwas Näheres über Prinzeß Lolandia zu erfahren.

Prinzeß Lolo amüsierte sich himmlisch.

„Sagen Sie ja niemals mehr Prinzeß Lolandia", warnte sie mutwillig. „Die Prinzessin mag diesen pompös klingenden Namen gar nicht hören und wird nur Prinzeß Lolo genannt. Im übrigen haben Sie recht, Herr Baron. Ich bin Prinzeß Lolos Hofdame, Gesellschafterin und meist auch ihre Kammerzofe — alles in einer Person."

Er machte ein unbehagliches Gesicht.

„Wir scheint, die Prinzessin ist dann eine sehr anspruchsvolle Dame und verlangt mehr von Ihnen, als ihr zukommt."

„Das tut gar nichts — wir sind ganz gute Freunde und nehmen uns gegenseitig gar nichts übel. Prinzessin Lolo ist nicht älter als ich — und zuweilen ein wenig töricht und übermütig — wenn nicht gerade Prinzeß Renate in der Nähe ist.

„So ist Prinzeß Renate eine Art Respektsperson für ihre Schwester."

„Hm! Das will ich meinen. Sie ist für jedermann im Hause Respektsperson — so stolz und so streng und — nun — sie dürfte zum Beispiel nicht wissen, daß ich mit Ihnen plaudere. Aber im ganzen kenne ich Prinzeß Lolo viel besser und verstehe mich ausgezeichnet mit ihr."

„Sie scheinen ihr sehr zugetan zu sein, trotzdem sie Ihre Dienste mehr als erlaubt in Anspruch nimmt."

Prinzeß Lolo lachte fröhlich auf, wie nur ein junges, von Herzen vergnügtes Menschenkind lachen kann. Dies Lachen fand Prinz Joachim so reizend, daß er darüber momentan ganz vergaß, was ihn hierher führte.

„Was soll denn die arme Prinzeß Lolo machen? Sie hat keine andere Dienerin als mich und kann sich nicht den Luxus gestatten, mich faulenzen zu lassen. Deshalb liebe ich sie aber doch so sehr, als mich selbst."

„Das ist sehr edel von Ihnen. Hoffentlich verdient Prinzeß Lolo so viel Liebe."

„Nun — Liebe fragt nicht nach Verdienst. Jedenfalls beruht sie aber in diesem Falle auf Gegenseitigkeit. Alles, was ich der Prinzessin zu Liebe tue, tut sie mir auch."

Prinz Joachim sah sehr zufrieden aus. Diese Prinzeß Lolo schien sehr nett zu sein. Wenn sie übrigens ihrer reizenden Hofdame glich, konnte er sich glücklich schätzen. Er freute sich, daß ihm seine Begleiterin so bereitwillig Auskunft gab und ahnte nicht, daß sie ihr Schelmenspiel mit ihm trieb.

„Das ist sehr schön von Prinzeß Lolo und gefällt mir sehr. Ich freue mich darauf, sie kennen zu lernen."

Prinzeß Lolo sah plötzlich mit einem sonderbaren Blick zu ihm auf.

„Wenn Sie nur nicht eine große Enttäuschung erleben!", entfuhr es ihren Lippen.

Er sah sie fragend an.

„Ist sie sehr häßlich?"

Sie strich sich hastig das Haar zurück. Es wurde ihr plötzlich heiß. Aber das Amüsement besiegte doch wieder alles Bedenken.

„Ich weiß nicht — sie ist weder schön noch häßlich."

„Blond?", fragte er und ließ seinen Blick fast mit Andacht auf ihrem Haar ruhen.

„Ja — blond — dieselbe Schattierung wie ich. Aber — ich finde, Sie sind ganz außerordentlich wißbegierig, Herr Baron. Sie werden ja die Prinzeß Lolo morgen selbst sehen."

Prinz Joachim wurde rot und verlegen.

„Verzeihung, mein sehr verehrtes gnädiges Fräulein. Sie haben recht, mich zurückzuweisen. Aber mir ist hier in diesem Park ganz seltsam zumute — als schritte ich in einem Zaubergarten an der Seite einer gütigen Fee, die mir allerlei törichte Fragen mit nimmermüder Geduld beantwortet."

Prinzeß Lolo lachte und freute sich über das Kompliment ihres Begleiters.

„So muß ich wohl weiter als gütige Fee benehmen und Ihnen verzeihen."

„Ihre Güte rührt und beschämt mich", erwiderte er mit Wärme. Aber er stellte nun doch vorläufig seine Fragen ein und griff ein anderes Thema auf.

„So wundervolle Buchen, wie in diesem Park, gibt es wohl kaum an einem anderen Platz der Welt", sagte er, auf eine Gruppe herrlicher Bäume zeigend.

„Ich kenne noch schönere. Im Fürstentum Schwarzensels liegt die Grafschaft Falkenhausen und der Falkenhausener Park hat noch schönere Buchen als diese hier."

„Sie kennen Falkenhausen?"

„Ja, ich war vor Jahren einmal dort zu Besuch und habe nie den herrlichen Park vergessen."

Prinz Joachims Gesicht rötete sich plötzlich vor Überraschung.

„Wie seltsam! Auch ich kenne den Falkenhausener Park sehr gut und war oft dort zu Gaste."

„Ah — dann haben Sie auch Georg Falkenhausen gekannt?"

„Ja — er war mein Freund."

Ihr Gesichtchen wurde ernst.

„Er ist so früh gestorben."

Auch sein Gesicht beschattete sich.

„Leider — viel zu früh."

„Sie armes erwen."

„Wie seltsam, daß wir beide ihn kannten. Ich war ja noch ein Kind, als ich damals in Falkenhausen war — einige unvergeßlich schöne Wochen habe ich dort verlebt. Und Sie waren Georg Falkenhausens Freund? Er war ein so guter, herrlicher Mensch. Als ich von seinem jähen Tode erfuhr, habe ich die ganze Nacht geweint. Und sein armer Vater! Man sagt, er sei ein Menschenfeind geworden seit dem Tode seines Sohnes."

„Nur ein Einsiedler, gnädiges Fräulein. Und jetzt — er soll jetzt sehr krank sein. Man befürchtet das Schlimmste."

Sie sah versonnen vor sich hin.

„Ich habe ihn einst sehr lieb gehabt, den prächtigen, alten Herrn. Er war so gütig zu mir."

„Das sagte sie mehr zu sich selbst.

„Sie haben Graf Falkenhausen nahe gestanden?", forschte er überrascht.

Sie schrak auf und sah verträumt in sein Gesicht:

„Er war ein treuer, ergebener Freund meiner verstorbenen Mutter", sagte sie leise.

Wieder stutzte er. Wie sonderbar, auch mit der Mutter der Prinzessin Lolo war Graf Falkenhausen innig befreundet gewesen.

Aber ehe er zur Klarheit über seine eigenen Gedanken kommen konnte, sagte Prinzeß Lolo hastig:

„Jetzt muß ich Sie aber verlassen. Dieser Weg führt direkt zur Eingangspforte des Parkes. Sie können nicht mehr fehlgehen."

Prinz Joachim vergaß vorläufig alles andere über den Gedanken, daß seine liebenswürdige Führerin ihn verlassen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230412-10/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatl. 3300 M. frei Haus, zzgl. b. Vorzeig. d. Quittung: Abweichung nur statthaft bei Aufnahme d. Bezugs im Vormonat. Bei Abholung monatlich 3250, wöchentlich 850 M. — Postbezug monatlich. — Einzelnummer bei 4 Seiten 120 M., 6 Seiten 150 M. u. 8 Seiten 200 M.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aussperre usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

mit dem

Amtsblatt der Stadt Merseburg und der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 80 M., im Reklameteil 200 M., für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 200 M. Aufschlag, Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vorm. Belegnummer wird berechnet.

Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Nr. 85. Donnerstag den 12. April 1923 49. Jahrg.

Amerika und die Ruhrinvasion.

Von einem Deutsch-Amerikaner.

Die demokratische Wochenschrift „Die Hilfe" bereitet eine besondere Rhein-Ruhr-Nummer vor, die auch den folgenden Beitrag bringen wird. Die Red.

Die große Bedeutung, die die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten für ihre Politik ausmacht, nötigt zu einem Blick auf das Bild der Presse in Hinsicht auf den Ruhreinbruch. Hier läßt sich folgendes sagen: Daß Frankreich den Versuch macht, im Wege der „Zwangsvollstreckung" für den Eingang seiner unbestreitbar bestehenden und nicht befriedigten Forderungen zu sorgen, findet man allgemein verständlich. Ob es sich dabei an den Buchstaben des Rechtes gehalten hat, interessiert weniger; man neigt aber immerhin mehr dazu, den Vertrag von Versailles im französischen Sinne auszulegen. Die von Frankreich angewendete Methode wird — abgesehen von den krassen Einzelheiten der Durchführung — nicht grundsätzlich verworfen; man bezweifelt zwar ihre Zweckmäßigkeit, will aber nicht endgültig dazu Stellung nehmen, ehe nicht der Erfolg oder Mißerfolg bewiesen hat, daß das Experiment richtig oder falsch war. Eine Ausnahme hiervon bildet — abgesehen natürlich von den in deutscher Sprache erscheinenden Zeitungen — die Hearst-Presse, die in der heftigsten Weise gegen die französische Aktion Stellung nimmt und sie als imperialistisch und annektionistisch brandmarkt, freilich nicht, um ein Eingreifen der Vereinigten Staaten zugunsten Deutschlands zu fordern, sondern um ihre ewige Warnung vor jeder amerikanischen Beteiligung an den rettungslos verfahrenen europäischen Angelegenheiten zu begründen. Eine zweite Ausnahme bilden einzelne Blätter, wie die „New-York Tribune" und verschiedene westliche Zeitungen, in deren Spalten der alte Kriegshaß gegen alles Deutsche noch unverändert fortlebt.

Für den passiven Widerstand Deutschlands gegen den französischen Zwang hat man eine gewisse sportliche Sympathie, ohne ihn doch offen gut zu heißen. Überraschend gering ist der Eindruck der Nachrichten über die Gewalt- und Greueltaten der Franzosen und Belgier, die Mißhandlungen, Plünderungen, kriegsgerichtlichen Verurteilungen und Ausweisungen. Man will sich nicht gern durch solche Einzelheiten in der ruhigen Beurteilung der Gesamtlage stören lassen, verweist sie deshalb gern in das Reich der „Propaganda" und sperrt auch nicht mit Hinweisen auf ähnliche Vorkommnisse aus der Zeit der Okkupation Belgiens. Deutsch kommt der Gedanke zum Ausdruck, daß Frankreichs Aktion durchaus verwerflich und nicht zu dulden wäre, wenn sie anderen Zwecken als der Beitreibung der Reparationsschuld, nämlich dem politischen Ziele der Zerstückelung Deutschlands diene. Den Beweis hierfür hält man jedoch nicht für erbracht.

So viel von der Presse. Was die „wahre" öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten betrifft, so kann sie naturgemäß nur bei Gelegenheit von Wahlen positiv in die Erscheinung treten. Vorher kann man sie nur ahnen und instinktiv empfinden. Die Ansicht von Kennern geht dahin, daß diese verborgene Volksmeinung dem französischen Abenteuer wesentlich ablehnender und einem Eingreifen des Bundes in die europäischen Wirren weit sympathischer gegenübersteht. Der Amerikaner ist seiner Natur und Erziehung nach für „fair play"; er ist vom Sport her gewöhnt, daß nach dem Kampf die Gegner sich die Hand schütteln und einander nichts nachtragen; er hält es für unanständig, einem besiegt am Boden liegenden Feind nachträglich Fußtritte zu verabfolgen; dem Imperialismus und Militarismus als Prinzip ist er abhold. Frankreich tut also im gegenwärtigen Zeitpunkt alles, um sich die frühere Sympathie des Amerikaners mehr und mehr zu verscherzen. Das ist keineswegs gleichbedeutend mit dem Erwachen einer deutschfreundlichen Stimmung in Amerika; davon ist dieses Land, in dem vor ganz kurzem erst die letzten Särge seiner Seite an Seite mit Franzosen gefallenen Söhne eingetroffen sind, noch weit entfernt. Aber man glaubt doch zu empfinden, daß das Gefühl, in Europa wieder ein schlechtes Spiel gespielt, in Verbindung mit dem stark ausgeprägten Bewußtsein der ungeheuren Macht des Landes und dem aus diesem Machtbewußtsein fließenden Verantwortlichkeitsgefühl im Amerikaner den Wunsch immer stärker wachsen läßt, seine Regierung möge eingreifen, um die ganze Sache endlich einmal in Ordnung zu bringen. Alles das gilt natürlich nur für den amerikanischen Bürger, den nicht unmittelbare geschäftliche Interessen nach der einen oder anderen Seite ziehen.

Ist eine solche „geheime öffentliche Meinung" wirklich vorhanden, so wird der Politiker, der sie erkennt, schon vor den Wahlen mit ihr rechnen und arbeiten. Es hat fast den Anschein, als ob der Senator Borah, eines der fähigsten und tatkräftigsten Mitglieder der republikanischen Partei, auf diesem Instrument zu spielen beabsichtige. Eine außerordentlich wirksame Stütze würde er dabei in den Stimmen der amerikanischen Bürger deutscher Abstammung finden, die seit dem Kriege auf dem Wege sind, sich sehr glücklich zu organisieren und einzustellen, indem sie den ihnen als Amerikaner im innerpolitischen Leben des Volkes gebührenden Platz und Einfluß zu gewinnen trachten.

Es mag sein, daß sich aus diesen Momenten — ungeachtet der französischen Propaganda, die so stark am Werke ist wie nur je — eine Hoffnung für Deutschland aufbaut. Selbstverständlich keine solche auf ein aktives Eintreten Amerikas auf deutscher Seite, sondern lediglich die Hoffnung auf eine wahrhaft unparteiische und faire Vermittlung im Reparationskonflikt und nach dessen Lösung auf die Mithilfe Amerikas bei der finanziellen Regelung der deutschen Schuld. An Deutschland ist es, diese Entwicklung nicht durch falsche Taktik zu stören; sie kann von Deutschland aus nicht „propagiert" werden, denn sie ist eine rein innerpolitische Angelegenheit der Vereinigten Staaten selbst.

Ungebrochener Kampfeswille!

Die Arbeiter- und Beamtengewerkschaften bleiben fest!

Dortmund, 12. April. (Priv.-Telegr.) Am Dienstag tagte hier eine Konferenz der Gewerkschaften des besetzten Gebietes. Es wurde eine Entschließung über die Ruhrbesetzung angenommen, in der es unter anderem heißt:

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Einbruch in das Ruhrgebiet mit allen Mitteln des passiven Widerstandes abgewehrt werden müsse. Der Kampf um eine Verständigung müsse mindestens die Gewähr eines dauernden Friedens bieten. Die Konferenz lehne aber alle nationalistischen Ziele und Bestrebungen ab. Sie hofft von der besonnenen Haltung der Arbeiterschaft, daß gewaltsame Zusammenstöße vermieden werden, erwarte aber andererseits von der Reichsregierung, daß sie jede sich bietende Gelegenheit benutzt, um den Abwehrkampf zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Dabei müsse die Räumung des Ruhrgebietes als nächstes Ziel erreicht werden.

Der Reichsfinanzminister

hat an die Finanzbeamten einen Erlaß gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„In diesen Tagen ist ein Vierteljahr vergangen, seitdem die Franzosen und Belgier es mit dem Völkerrechte, mit den Geboten der Moral und mit der wirtschaftlichen Arbeit für vereinbar gehalten haben, mitten im Frieden in deutsche Gebiete einzubringen. Durch das Verhalten der Eindringlinge ist auch vor stärkster Beeinträchtigung der deutschen Verwaltung nicht Halt gemacht worden. Auch die Reichsfinanzverwaltung hat schwer zu leiden und ihre Beamten und Angestellten sind schweren Leiden ausgesetzt worden. Das Vorgehen der Feinde hat zum Teil einen Grad von Brutalität und Mißachtung aller Menschheitsrechte und Menschenwürde erreicht, der kaum zu überbieten ist. Die Friedensbrecher glauben mit diesem sinnlosen Vorgehen die Widerstandskraft Deutschlands, seiner Behörden und Beamten, seiner gesamten Bevölkerung erschüttern zu können. Mit Stolz kann ich darauf hinweisen, daß gerade auch das Verhalten der Beamten und Angestellten unserer Verwaltung vor der ganzen Welt den bündigen Beweis erbringt, daß unser Widerstand nicht zu brechen ist. Jede Steigerung der Übergriffe, jede Zunahme der Leiden wird die feste Entschlossenheit in dem Kampfe nur zu verstärken vermögen. Mögen Franzosen und Belgier Recht und Moral mit Füßen treten: im vollen Gleichklang mit den Gefühlen aller Kreise der deutschen Bevölkerung werden die Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung den Glauben an eine bessere Zukunft unseres Vaterlandes festhalten und in diesem Glauben weiterkämpfen und leben bis zum guten Ende."

Ein Protest des Deutschen Richterbundes gegen die französische Schandjustiz.

Der Deutsche Richterbund erläßt folgende Kundgebung: Die französischen Behörden, die sich Gerichte nennen, fällen fortgesetzt über friedliche Deutsche in Deutschland Gewaltsprüche, deren barbarische Strafen sich mehr an asiatischen denn europäischen Maßstab gemahnen. Die Verschlungen der Verurteilten bestehen einzig in der Nichterfüllung von Zumutungen, die von ihnen als deutschen Staatsbürgern nur unter krassen Völkerrechtsverletzungen verlangt werden konnten. Richter müssen stets Richter bleiben und nur nach Recht und Gerechtigkeit urteilen. Wir rufen die rechtlich Denkenden aller Völker, besonders die Richter aller Staaten auf: Gebt mit uns der Empörung über die Schändung, die mit dem Namen Recht, Richter und Gerechtigkeit getrieben wird, lauten Ausdruck.

Deutschland sieht nur der Weg direkter Verhandlungen offen.

Was Poincaré in Dünkirchen sagen will.

Paris, 12. April. (Priv.-Telegr.) An der Denkmalseinweihung in Dünkirchen am nächsten Sonntag, bei der Poincaré, wie gemeldet, sprechen dürfte, sollen außer dem Ministerpräsidenten auch der Marineminister und sehr wahrscheinlich auch Loucheur teilnehmen. „Wenn ich gut unterrichtet bin", erklärt der Korrespondent des „Echo de Paris", ist der Ministerpräsident entschlossen, die öffentliche Meinung Frankreichs feierlichst über seine Absichten aufzuklären. Diese Erklärungen werden dadurch an Wert gewinnen, daß Poincaré am Vortage mit den belgischen Ministern konferiert haben wird. Ich bin in der Lage zu versichern, daß Poincaré in diesen Besprechungen sich mit Theunis und Jaspar vollkommen einigen wird über alles, was die gemeinsame Aktion Frankreichs und Belgiens im Ruhrgebiet anbelangt. Diejenigen, die auf eine Sinnesänderung Poincarés hoffen, werden schwer enttäuscht sein, Poincaré wird in Dünkirchen etwa folgendes erklären:

„Wir wollen keine Herabsetzung der deutschen Schuld und werden an der Ruhr so lange bleiben, bis die Reparationen von Deutschland vollkommen gezahlt sind. Wir können nur die eine Konzession machen: die C-Bonds mit unseren Schulden an Amerika und England zu kompensieren. Deutschland sieht nur der Weg direkter Verhandlungen mit Frankreich offen."

Das Blatt hält damit eine Behauptung aufrecht, von der es vor einigen Tagen gemeldet hat, daß Poincaré sie nach dem Besuche Loucheurs in einem Telegramm an die belgische Regierung angesichts habe. Poincaré habe die Belgier ebenfalls damit vertraut, daß er an seiner Erklärung, an der Ruhr zu bleiben, bis alle Reparationen bezahlt seien, festhalte. So unwahrscheinlich dies angesichts der übrigen Pressekommentare und vor allem der Äußerungen des „Matin" zum Falle Loucheur erscheine, muß doch bemerkt werden, daß dagegen bis jetzt noch kein Dementi erlassen worden ist.

Auch Mussolini wird sprechen.

Paris, 12. April. (Priv.-Telegr.) Dem „Echo de Paris" zufolge wird Mussolini morgen in Mailand den italienischen Standpunkt zur Reparationsfrage darlegen.

Wie die Belgier deutsches Holz verschleudern.

Im Februar und März fanden in Aachen Holzversteigerungen, [illegible] ein gewaltsam angeschnittenes Schnittholz zum Schaden der Deutschen ergeben haben. Das Auktionslokal wurde durch belgische Soldaten mit aufgepflanzten Seitengewehren abgesperrt und nur Holzhändler zugelassen. Es wurde nach belgischer Manier eine Höchstgrenze festgesetzt und dann erwarb geboten. Es wurden im ganzen 654 800 Franken ergiebt, obgleich der wirkliche Preis sehr bei das Fünfzehnfache überschritten worden. Erschienen waren zum größten Teil belgische Holzhändler und nur einen kleinen Teil des Holzes, für 64 000 Franken, erwarb ein Holzhändler mit deutschem Namen. Während sich der Preis auf 10 000—50 000 M berechnet, betrug zum Teil der ertsüchliche Preis 200 000—220 000 M.

Auch bei der Auktion im März betrug das Ergebnis nur 338 000 Franken. In mehreren Forstereien sind belgische Forstbeamte tätig und bestimmen die Fällungen, die verkauft werden sollen. Die Wälder werden geschlagen und aufgearbeitet von Belgiern und bedauerlicherweise auch von einigen (angeblich 2) dortigen Bewohnern. Es handelt sich um die besten Bestände der verschiedenen Forstereien und es werden durch die Ausrottung der Wälder die Holzhändler und Güterbesitzer der dortigen Gegenden auf das allerschwerste betroffen. Auch ist eine Aufforstung ist kaum zu denken, so daß die dortigen Interessenten auf Jahre hinaus in schwere Bedrängnis geraten und in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet sind.

Rente

Berl
tion.) Di
reichen la
Eisenbahn

Berl
tion.) Na
Bericht üb
eine Prot
in Paris
ben, daß
regierung
samstags d
ihrer über

Berl
Der Berli
von höchste
deren voll
wohl gewi
werden dü
Reparatio
Dr. Herm
Bergmann
Plan solle
Ende der
Von
richterstatt
denzmelbu
seiner Ke
Dr. Her
präsiden
gang —
rationsplan
Frage der
unter dene
werden fo
bort eben
Dorans, d

Dr. Hermes gewissermaßen als leistungswilliger hinzustellen als den Außenminister, ist ein dem Berichterstatter des „Journal" vorbehaltenes journalistisches Kunststück.

Frankreich und die Türkei.

Konstantinopel, 12. April. (Drahtmeldung des WTB.) Der französische Oberkommissar protestierte gegen den Beschluß der Nationalversammlung von Angora, den Konzessionsplan anzunehmen, da er das Abkommen mit Frankreich über die Eisenbahnen von 1914 verletze.

Schwindelfabrik der Großlügner.

Spende für die Trierer Eisenbahner.

Berlin, 12. April. (E. P. N.) Der Reichsverkehrsminister hat dem Präsidenten der Reichsbahndirektion Trier in Gießen zur Linderung der Not der aus ihren Wohnungen vertriebenen Eisenbahner 30 Millionen Mark überwiesen. Diese Summe ist in erster Linie gedacht zur Unterstützung der aus den Trierer Eisenbahnkolonien vertriebenen Eisenbahnerfamilien. Von Mainz aus sind auch die Bewohner der Eisenbahnkolonie-Trier-St. Paulin von den Franzosen mit Waffengewalt von ihren Wohnstätten vertrieben worden, wodurch weitere hundert Familien obdachlos wurden.

Die Millionenforderung des Großherzogs.

Frankfurt a. M., 12. April. (Priv.-Telegr.) In dem Streit zwischen der hessischen Regierung und dem ehemaligen Großherzog von Hessen wegen der Höhe der Unterhaltungsrente teilt jetzt die hessische Regierung die Forderung des ehemaligen Großherzogs mit. An Stelle der im Dezember 1919 vereinbarten Summe von 440 000 M monatlich werden jetzt 97 Millionen Mark für den Monat verlangt. Wird der gleiche Geldentwertungsfaktor auch für die vereinbarte Kapitalabfindungssumme von 10 Millionen Mark verlangt, dann hätte das Land hierfür die Summe von 26½ Milliarden Mark zu zahlen. (!)

Estnisch-russischer Zwischenfall.

Königsberg, 12. April. (Priv.-Telegr.) Nach einer Meldung der „Estnischen Telegraphenagentur" in Petersburg versammelten sich dort in diesen Tagen gegen 200 Kommunisten vor der estländischen Gesandtschaft, zerschlugen alle Fenster des Gebäudes, drangen in den Hof ein und nahmen die estländische Staatsfahne weg. Dem russischen Außenkommissar wurde sofort ein scharfer Protest überreicht.

Die kommunistischen Gewalttätigkeiten vor dem estnischen Konsulat in Petersburg sind aus Anlaß der Aburteilung des estnischen Kommunisten Kreuts erfolgt. Die Hinrichtung des estnischen Kommunisten Einasepp rief im Mai vorigen Jahres eine ähnliche kommunistische Demonstration hervor.

De Valera nicht gefangen!

London, 12. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Die Regierung des irischen Freistaates gibt bekannt, daß De Valera nicht gefangen genommen sei. Er soll vielmehr mit einem Gefangenen verwechselt worden sein, dem er außerordentlich ähnlich sehe.

Religionskämpfe in Indien.

London, 12. April. (Drahtmeldung des WTB.) Die feindselige Stimmung zwischen den Hindus und Mohammedanern hat wegen der Frage der religiösen Propaganda zu ernsten Zusammenstößen geführt, wobei es 20 Verletzte gab. Die Truppen stellten die Ordnung wieder her.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230412-10/fragment/page=0007